



Plenarprotokoll

113. Sitzung

Donnerstag, 4. März 2021

Gemeinsame Beratung

- a) **Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021**.....

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2828

- b) **Weitere Unterstützungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler**.....

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2835 (neu)

Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen während der Coronapandemie.....

8589

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2838

- c) **Eine Perspektive für ganz Schleswig-Holstein**.....

8589

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2837

8589

8589

Daniel Günther, Ministerpräsident.	8589
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	8594
Tobias Koch [CDU].....	8600
Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	8604
Christopher Vogt [FDP].....	8607
Lars Harms [SSW].....	8615
Jörg Nobis [AfD].....	8620
Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]....	8621
Barbara Ostmeier [CDU].....	8622
Martin Habersaat [SPD].....	8623
Annabell Krämer [FDP].....	8624

- Beschluss: 1. Der Berichts Antrag
Drucksache 19/2828 hat durch die
Berichterstattung der Landesregie-
rung seine Erledigung gefunden
2. Ablehnung der Anträge
Drucksachen 19/2835 (neu) und
19/2837
3. Annahme des Alterna-
tivantrags Drucksache 19/2838.....

8626

* * * *

Regierungsbank:

- Daniel Günther, Ministerpräsident
- Monika Heinold, Finanzministerin und Erste
Stellvertreterin des Ministerpräsidenten
- Dr. Heiner Garg, Minister für Soziales, Ge-
sundheit, Jugend, Familie und Senioren und Zwei-
ter Stellvertreter des Ministerpräsidenten
- Claus Christian Claussen, Minister für Justiz,
Europa und Verbraucherschutz
- Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissen-
schaft und Kultur
- Dr. Sabine Sütterlin-Waack, Ministerin für
Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleich-
stellung
- Jan Philipp Albrecht, Minister für Energie-
wende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digita-
lisierung
- Dr. Bernd Buchholz, Minister für Wirtschaft,
Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus

* * * *

Beginn: 13:03 Uhr

Präsident Klaus Schlie:

Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 45. außerordentliche Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig. Ich freue mich, so viele frisch frisierte Damen und Herren zu sehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erkrankt sind die Abgeordneten Tobias von Pein und Ines Strehlau. Wir wünschen ihnen gute Genesung.

(Beifall)

Die Abgeordnete von Kalben und der Abgeordnete Schnurrbusch haben nach § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung mitgeteilt, dass sie an der Teilnahme an der heutigen Sitzung verhindert sind.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnungspunkte 1 und 2, mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021 und den Antrag „Weitere Unterstützungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler“ gemeinsam zu beraten. Ich schlage Ihnen vor, auch den Tagesordnungspunkt 3, Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/2837, gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 1 und 2 aufzurufen.

Weitere Tagesordnungspunkte liegen nicht vor. Wir werden heute bis circa 15:30 Uhr tagen, das kommt auf Sie an. - Ich höre keinen Widerspruch, dann werden wir entsprechend verfahren.

Auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags begrüße ich die Besucherinnen und Besucher, die uns heute die Ehre geben. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 1, 2 und 3 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Mündlicher Bericht zu der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder zur Coronapandemie am 3. März 2021

Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2828

b) Weitere Unterstützungsmaßnahmen für Schülerinnen und Schüler

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2835 (neu)

Unterstützungsmaßnahmen für die Schulen während der Coronapandemie

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP
Drucksache 19/2838

c) Eine Perspektive für ganz Schleswig-Holstein

Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD
Drucksache 19/2837

Ich sehe, das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. - Mit dem Antrag zu a) wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Ich bitte Sie um Ihr Handzeichen, wenn Sie der Meinung sind, dass das so sein soll. - Ich sehe, dass das einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile das Wort für die Landesregierung dem Ministerpräsidenten Daniel Günther.

Daniel Günther, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gern dem Berichtswunsch des Landtags nachkommen und mündlich zur gestrigen Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz berichten.

Wir befinden uns im Moment in einer Übergangsphase hin zu der Situation, in der richtige Öffnungsschritte erfolgen. Diese Übergangsphase bedeutet, dass wir im Moment Impffortschritte verzeichnen und dass wir auch das Thema Testungen stärker in den Fokus nehmen und dies zu einer Grundlage dafür machen, weitere Öffnungsschritte verantwortbar möglich zu machen.

Wir kommen im Moment in Deutschland insgesamt auf 200.000 Impfungen pro Tag. Wir werden jetzt die Möglichkeit haben, auch die zweite Prioritätsstufe in den Fokus zu nehmen, und wir werden uns im Rahmen einer nationalen Impfstrategie darauf vorbereiten, es bis Anfang April zu regeln, dass in das Impfen ab jetzt auch niedergelassene Ärztinnen und Ärzte eingebunden werden.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Ich glaube, das ist ein weiteres positives Signal. Der Gesundheitsminister hat mich kurz vor der Landtagsitzung angerufen, weil er heute eine Pressekonferenz zum Impfen gegeben hat. Er hat mich darüber informiert, dass der AstraZeneca-Impfstoff jetzt auf die Impfung von über 65-Jährigen ausgeweitet wird. Ich will an der Stelle natürlich deutlich sagen: Das alles jetzt umzusetzen, ist auch aus logistischer Sicht eine große Herausforderung, weil diese Signale immer sehr kurzfristig kommen. Von daher will ich vor dem Hintergrund dessen, was jetzt beim Impfen alles umgesetzt werden muss, allen, die dafür in den nächsten Wochen und Monaten Verantwortung tragen, danken. Das ist eine unglaublich wichtige Aufgabe. Ich will allen im Gesundheitsministerium, aber auch allen, die in den Kreisen und in den Organisationen daran mitwirken, an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank dafür sagen.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Bestandteil ist auch eine nationale Teststrategie, die jetzt bis Anfang April vorbereitet wird. Unsere Verantwortung ist natürlich auch, dadurch den Schulbetrieb und die Kinderbetreuung sicherer zu machen. Mit den Schnelltests für Beschäftigte haben wir an der Stelle schon begonnen. Jetzt wird es darum gehen, dass auch Schülerinnen und Schülern in der nächsten Zeit Schnelltests angeboten werden. Genauso gehört dazu, dass wir asymptomatischen Bürgerinnen und Bürgern einmal in der Woche ein Angebot von kostenlosen Schnelltests machen. Es ist eine Herausforderung, das in den nächsten Wochen umzusetzen. Die nationale Teststrategie muss bis Anfang April stehen. Je schneller wir in diesen Bereichen vorbereitet sind, desto besser. Ich kann nur allen Bürgerinnen und Bürgern versichern, dass wir gemeinsam mit den Kommunen mit allem, was wir haben, daran arbeiten, dies so schnell es geht in Schleswig-Holstein umzusetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Man weiß ja bei so einer Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundesregierung dann, wenn man sich dieser zuschaltet, nicht immer ganz genau, wo man am Ende einer solchen Konferenz landet. Beim letzten Mal war ich mir am Abend sicherer als andere, dass es ein Erfolg war. Dieses Mal, glaube ich, ist das, was uns bei dieser Ministerpräsidentinnen- und Ministerpräsidentenkonferenz gelungen ist, schon etwas, was die Erwartungshaltung, die bei uns im Land vorhan-

den war, angesichts all dessen, was wir dort entwickelt haben, gut erfüllt hat.

(Beifall CDU, FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das, was wir aus Schleswig-Holstein immer gefordert haben, war ein Perspektivplan. Wir haben dies unterschiedlich genannt. Herr Stegner hat es als Ampel bezeichnet, wir haben es als Stufenplan bezeichnet. Beim letzten Mal sind wir noch nicht so weit gewesen, aber ich will ausdrücklich sagen: Das, was wir jetzt verabschiedet haben, ist ein Stufenplan mit einer klaren Perspektive für die nächsten Wochen. Er nimmt unsere Gedanken auf, dass Inzidenzunterschreitungen dann, wenn sie über einen längeren Zeitraum erfolgen, mehr Öffnungsschritte möglich machen. Stufenplan heißt an der Stelle eben bewusst nicht, dass es ein reiner Öffnungsplan ist. Verlässlichkeit heißt auch: Immer dann, wenn Werte unterschritten werden, ist mehr möglich.

Genauso ist es richtig, dann, wenn die Zahlen wieder nach oben gehen, die Situation also schwieriger wird, die Möglichkeit zu haben, entsprechend zu reagieren; wir nennen es jetzt „Notbremse“. Das System ermöglicht es also, dann die klare Ansage zu machen, dass nicht die Zeit für Lockerungsmaßnahmen ist, sondern dass wieder verschärft werden muss. Ich finde, das, was wir gestern entwickelt beziehungsweise worauf wir uns verständigt haben, entspricht dem, was wir aus schleswig-holsteinischer Perspektive immer wollten. Deshalb ist es ein guter Beschluss, den wir in diesem Bereich gefasst haben, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Es gab, auch schon im Vorfeld, lange Diskussionen über die Fragen: Was ist mit den einzelnen Stufen? Wie werden sie benannt? - Beim letzten Mal haben wir gesagt, dass wir uns nur bei einer Inzidenz unter 35 Öffnungsschritte zutrauen. In der Tat hatten wir in Schleswig-Holstein hierzu immer eine andere Einschätzung. Im Infektionsschutzgesetz und im RKI-Stufenplan steht nämlich die Zahl 50. Alle Expertinnen und Experten in Schleswig-Holstein sagen, das sei der richtige Wert, und fügen hinzu, dass eine Inzidenz von 35 in diesen Zeiten eigentlich gar nicht erreicht werden kann. Ein Stufenplan mit einer Inzidenz von 35 als festem Wert wäre demnach kein echter Stufenplan, weil wir viele Schritte in den nächsten Wochen niemals erreichen würden.

Deshalb finde ich es gut und richtig, dass wir uns gestern nach harten Verhandlungen auf die verant-

(Ministerpräsident Daniel Günther)

wortbare Lösung verständigt haben: Nein, zukünftig gilt die Inzidenz von 50. Wird dieser Wert unterschritten, sind Öffnungsschritte möglich. Es ist gut, meine Damen und Herren, dass das gelungen ist.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Wir geben, bezogen auf die nächsten Wochen, uns in Schleswig-Holstein und den Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland Perspektiven für unterschiedliche Bereiche: Wirtschaft, Sport und Kultur. Wir senden die klare Botschaft aus, was bei welchen Werten möglich ist.

Nun fragen sich die Bürgerinnen und Bürger hier zu Recht: Was heißt das eigentlich für uns in Schleswig-Holstein? - Wir werden unsere Verordnung, die zu Montag, dem 8. März, greift, am Sonnabend verabschieden; ich will das gleich an dieser Stelle offen sagen. Die Ministerpräsidentenkonferenz hat am Mittwoch Entscheidungen getroffen, und wir sprechen heute im Parlament darüber. Wir wollen die Verordnung nicht mit heißer Nadel stricken. Das ist nicht unser Anspruch, davon hätten die Bürgerinnen und Bürger am Ende nichts. Wir können sie nicht bis Freitag vorlegen. Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger, auch und insbesondere diejenigen, die sich jetzt darauf vorbereiten können, wieder zu öffnen, um Verständnis dafür, dass sie vor Samstag nicht veröffentlicht werden kann. Wir arbeiten mit Hochdruck daran; aber ich will heute transparent und in aller Offenheit sagen, dass es erst am Samstag möglich sein wird. Schneller geht es an dieser Stelle nicht. Dafür bitte ich um Verständnis, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU und FDP)

Es sind gute und wichtige Botschaften, die von der gestrigen Beratung ausgehen. Wir haben uns in langen Verhandlungen auch darauf verständigt, wie zukünftig private Treffen zu regeln sind. Wir in Schleswig-Holstein hatten dazu schon immer eine andere Einschätzung. Deshalb bin ich sehr froh darüber, dass wir uns auf eine praxisorientierte Regelung verständigt haben. Private Treffen sind ab Montag wieder zwischen fünf Personen aus zwei Hausständen möglich. Ich füge hinzu: Kinder unter 14 Jahren werden nicht mitgezählt. Paare werden - unabhängig davon, ob sie zusammen wohnen - als ein Hausstand gezählt. Damit ist uns eine sinnvolle Regelung gelungen, die viel Akzeptanz finden wird, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Ich freue mich auch darüber, dass wir uns darauf verständigt haben, körpernahe Dienstleistungen ab dem 8. März 2021 wieder zu öffnen. Die entsprechenden Dienstleistungsunternehmen, die bisher noch geschlossen sind - Kosmetikstudios, Tattoo-studios, Massagepraxen, Sonnenstudios -, kommen jetzt also hinzu. Das ist verantwortbar, wenn es entsprechende Hygienekonzepte gibt. Auch das ist eine gute Nachricht, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, FDP, SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt ebenso für die Fahrschulen in Schleswig-Holstein. Diese können - wie gesagt, mit Hygienekonzepten - wieder an den Start gehen.

Überall dort, wo es nicht möglich ist, dauerhaft eine Maske zu tragen, besteht die Verpflichtung zur tagesaktuellen Durchführung eines Tests. Ich glaube, das ist verantwortbar. Solange immer eine Maske getragen werden kann, ist das nicht notwendig. Es ist wichtig, Öffnungsschritte behutsam zu gehen und sicher zu gestalten; denn Infektionsschutz steht weiterhin an oberster Stelle.

Wir haben uns zudem darauf verständigt, wie wir mit dem Einzelhandel umgehen. Schleswig-Holstein ist eines der Länder mit einer Inzidenz von unter 50. Das Regelwerk ist jetzt klar: Eine Inzidenz von stabil unter 50 bedeutet, dass ein Öffnungsschritt verantwortbar ist. Wir werden diesen Öffnungsschritt in Schleswig-Holstein zum 8. März 2021 machen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

Der Einzelhandel in Schleswig-Holstein wird ab dem 8. März 2021 geöffnet. Bei einer Verkaufsfläche bis 800 m² ist pro 10 m² eine Kundin beziehungsweise ein Kunde zulässig; bei einer Verkaufsfläche von mehr als 800 m² ist es eine Kundin beziehungsweise ein Kunde pro 20 m².

Damit es Verlässlichkeit gibt, aber auch der MPK-Beschluss eins zu eins umgesetzt wird, werden wir uns immer zum Ende einer Woche über die Inzidenzzahlen beugen. Wenn die Inzidenz stabil unter 50 ist, bleibt es bei dem Öffnungsschritt. Wenn die Inzidenz über 50 hinausgeht - was wir vorher nicht wissen können -, greift die nächste Stufe des Regelwerks. Der Einzelhandel bleibt dann zwar geöffnet; aber die Nachverfolgung wird verpflichtend, das heißt, es muss eine Registrierung stattfinden. Ich glaube, das ist gute Verlässlichkeit, die wir an dieser Stelle bieten. Wir halten das für verantwortbar.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Deshalb werden wir diesen für so viele Menschen in Schleswig-Holstein wichtigen Schritt jetzt auch umsetzen.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Das gleiche Regelwerk mit genau der gleichen Logik gilt auch für Museen, Galerien und Gedenkstätten.

Wir werden auch den für den kontaktfreien Sport vorgesehenen Öffnungsschritt gehen. Dieser ist dann in kleinen Gruppen mit bis zu zehn Personen im Außenbereich möglich. Für Kinder bis 14 Jahren im organisierten Sport ist eine Ausweitung auf bis zu 20 Personen zulässig. Das ist ein gutes, wichtiges Zeichen für Kinder und Jugendliche, aber auch für den gesamten Sport in Schleswig-Holstein. Wir halten diesen Schritt für verantwortbar und gehen ihn deshalb, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und Doris Fürstin von Sayn-Wittgenstein [fraktionslos])

In dem Plan sind weitere Perspektiven für die nächste Zeit beschrieben. Wir werden am Montag entscheiden, wie es in den Schulen Schleswig-Holsteins weitergeht. Die Bürgerinnen und Bürger sind ja darauf vorbereitet, dass wir einen Öffnungsschritt zum nächsten Montag machen; es geht um die weiterführenden Schulen, zunächst um die Klassenstufen fünf und sechs.

Wir werden am Montag auch darüber entscheiden, was mit den weiteren Schulklassen in den weiterführenden Schulen ist. Wir werden die Schulen bestmöglich darauf vorbereiten. Dazu liegt ja auch ein Antrag der Opposition vor, dass wir das entsprechend umsetzen. Ich will in der Beantwortung an dieser Stelle nur sagen: Ja, wir bereiten die Schulen gut darauf vor, auch auf die Digitalisierungsherausforderungen, die sie haben. Wir haben entschieden, dass der Vertretungsfonds auf 7,8 Millionen € aufgestockt wird. Wir haben 4 Millionen € für die pädagogische Begleitung der Digitalisierung bereitgestellt. Und wir haben die Soforthilfe des Bundes für Digitalisierungsmaßnahmen in diesem Bereich zu 100 % umgesetzt und haben als Land Schleswig-Holstein noch einmal 14 Millionen € obendrauf gepackt.

Mit dem Perspektivprogramm, das wir haben, mit dem Programm Lernchancen, das wir in Schleswig-Holstein haben, will ich durchaus mit ein bisschen Stolz und im Vergleich mit anderen Bundesländern

sagen: Wir machen wirklich richtig viel, um die Schulen in unserem Land zu unterstützen.

Als Ministerpräsident kann ich nur sagen: Bei all dem, was man an Negativem manchmal hört, nicht nur hier im Haus, oder manchmal auch liest, ist die Situation an unseren Schulen deutlich besser, und zwar dadurch, dass wir Lehrkräfte haben, die in diesen Zeiten einen großartigen Job leisten. Ich finde, man darf bei dieser Gelegenheit auch einmal mit ein bisschen Stolz sagen, dass die Situation so ist, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich weiß, dass es in unserem Land eine Branche gibt, die sich von diesem Gipfel noch mehr versprochen hat, auch mehr Perspektiven. Das ist der Bereich Gastronomie und Hotellerie. Ich will an der Stelle sehr klar sagen, dass wir jetzt natürlich auch mit dieser Branche Gespräche führen wollen. Das wird natürlich schwierig werden, weil die Vorbereitungszeit nach dem 22. März 2021 extrem knapp sein wird.

Ich habe mich als Ministerpräsident sehr bewusst dafür eingesetzt, dass wir auf dieser Konferenz keine Absage an Reisen zur Osterzeit machen, wie dies eigentlich ganz viele in der Runde gewollt haben. Es gab wenige Länder, die sich dafür eingesetzt haben. Ich glaube, aus schleswig-holsteiner Sicht war es richtig, dass wir auch dieser Branche eine Chance geben.

Ich will das bei dieser Gelegenheit in aller Deutlichkeit sagen, weil ich weiß, dass es auch in unserem Land Menschen gibt, die die Befürchtung haben, dass wir höhere Infektionszahlen bekommen könnten, wenn so viele Touristen nach Schleswig-Holstein kommen. Wir haben in den genannten Bereichen sehr gute Systeme in unseren Hotels, in unseren Beherbergungsbetrieben mit Testmöglichkeiten, sodass ich sagen kann: Wenn es hier wieder losgeht, muss niemand Sorge haben. Es gibt kaum einen Bereich, der so sicher und so professionell organisiert ist wie dieser. Deswegen ist es auch richtig gewesen, dass wir diesem Bereich gestern keine Absage erteilt haben, sondern immer noch die Hoffnung haben, dass die Inzidenzzahlen am 22. März 2021 so sein werden, dass wir hier eine Perspektive geben können.

Deswegen sage ich an der Stelle auch: Wir haben der Außengastronomie ab dem 22. März 2021 eine Perspektive gegeben. Das heißt, wenn die Inzidenz nicht über 100 steigt, werden wir in Schleswig-Holstein Außengastronomie ermöglichen.

(Ministerpräsident Daniel Günther)

Ich finde, in dem gestern gefassten Beschluss steht viel Kluges drin. Ich will aber auch sagen: Der Beschluss, dass Außengastronomie nur dann öffnen kann, wenn getestet wird, ist für mich nur schwer nachvollziehbar. Wenn an einem Tisch Leute aus nur einem Hausstand sitzen, dann muss ich wirklich sagen: Da müssen wir in Schleswig-Holstein anders vorgehen. Ich kann nicht erklären, warum man in der Außengastronomie nicht mit fünf Personen aus zwei Hausständen sitzen darf, sich aber jeder innerhalb geschlossener Räume in der gleichen Fallkonstellation treffen darf.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Deswegen bitte ich schon jetzt um Verständnis dafür, dass wir dann, wenn wir die genannte Inzidenz erreichen, für die Außengastronomie in Schleswig-Holstein eine praktikable, aber trotzdem sichere Möglichkeit finden, auch hier zu öffnen.

Über alle weiteren Bereiche werden wir am 22. März 2021 sprechen. Ich bitte alle um Verständnis dafür, weil mir natürlich die Gastronomen schreiben, innen sei es doch auch sicher, und im Moment seien die Temperaturen noch so niedrig. Deshalb stelle sich die Frage, ob es überhaupt Sinn mache, die Außengastronomie zu öffnen. - Ja, außen ist es sicherer als innen.

Ich bitte um Verständnis. Alle Regeln, die wir aufstellen, werden ab sofort immer so ausgestaltet sein, dass wir außen mehr möglich machen als innen, weil die Ansteckungsgefahr außen schlicht und ergreifend geringer ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Deswegen ist dieser Weg durchaus richtig. Ich hoffe wirklich, dass wir am 22. März 2021 auch insoweit eine klare Perspektive aufzeigen können. Wir werden das gut und sicher durch Wirtschaftsminister Bernd Buchholz vorbereiten lassen und auch Gespräche darüber führen.

Jetzt habe ich meine 20 Minuten Redezeit doch gleich ausgeschöpft, obwohl ich Herrn Stegner versprochen habe, nur zwölf Minuten zu reden. - Ich will zum Schluss noch darauf hinweisen, dass es uns in der Konferenz auch gelungen ist, noch ein Problem zu lösen, das im Vorfeld Bestandteil von Diskussionen war. Das ist die Benachteiligung unserer Krankenhäuser in Schleswig-Holstein durch coronabedingte Mehrausgaben.

Ich bin sehr froh darüber, dass wir uns zwischen allen 16 Bundesländern über unseren Beschlussvor-

schlag aus Schleswig-Holstein einig waren. Er hat zwar nicht zu 100 % Eingang in das Beschlusspapier gefunden. Aber zwischen den Ländern war er geeint. Gleichwohl hat der Bund gesagt: Ja, das ist durchaus eine intelligente Formulierung. Aber wir brauchen noch Zeit bis zur nächsten Ministerpräsidentenkonferenz, um wirklich gute Lösungen zu finden. - Aber vonseiten des Bundes ist definitiv bestätigt worden, dass auch für 2021 coronabedingte Mehraufwendungen ausgeglichen werden.

Weil es nicht hilft, wenn das nachträglich abgerechnet wird, sondern wir dann Liquiditätsprobleme bekommen, ist nur noch die Frage: Wie ist das Regelwerk mit Abschlagszahlungen in diesem Jahr? Ich finde, das ist sehr gut beschrieben worden: Das muss bis zur nächsten Konferenz entsprechend vorbereitet werden. Aber das ist eine wichtige Nachricht.

Ebenso wie viele von Ihnen habe auch ich Briefe von Krankenhäusern bekommen. Unser Gesundheitsminister Heiner Garg weiß am allerbesten, wie schwierig die Situation in vielen Kliniken ist, weil diese Ungerechtigkeit im Moment noch besteht. Deshalb bin ich froh, dass auf der Ministerpräsidentenkonferenz ein solcher Beschluss gefasst worden ist.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich habe die herzliche Bitte an alle Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, in den nächsten Wochen besonders verantwortungsbewusst mit der Situation umzugehen. Wir sind jetzt für viele Bürgerinnen und Bürger in einer nicht einfachen Phase, weil - die Themen Freiheit und Verantwortung gehören zusammen - uns die kommende Zeit alle erheblich prüfen wird. Die Tatsache, dass wir jetzt gewisse Öffnungsschritte machen, dass wir mehr private Treffen ermöglichen, darf unter keinen Umständen dazu führen, dass wir jetzt alle glauben, wir seien in Sicherheit und es könne nichts mehr passieren.

Ich sage das insbesondere im Hinblick darauf, dass aufgrund der Erkenntnis, dass Ansteckungen besonders häufig dann stattfinden, wenn man sich mit Menschen trifft, die man gut kennt, alle Bürgerinnen und Bürger weiterhin vorsichtig und achtsam damit umgehen. Wenn wir diese Öffnungsschritte machen, wenn wir den Menschen, die in dieser Pandemie besonders gelitten haben, dauerhaft wieder eine Perspektive geben wollen - Eltern, Familien, Menschen, die ihren Betrieb nicht aufmachen konnten, Menschen, die finanzielle Not erlitten haben -,

(Ministerpräsident Daniel Günther)

wenn wir wollen, dass das eine dauerhafte Perspektive ist, dann müssen wir, bis die Impfkampagne weit genug fortgeschritten ist und bis das Testregime steht, in den nächsten Wochen immer noch sehr vorsichtig sein, um die gute Situation, die wir in Schleswig-Holstein haben, nicht zu gefährden.

Ich habe an die Bürgerinnen und Bürger immer Appelle gerichtet, und ich habe immer gesagt, ich habe ein hohes Vertrauen. Deshalb sage ich: Ich habe heute auch ein hohes Vertrauen in all diejenigen, die ab dem kommenden Montag wieder loslegen dürfen. Ich habe das Vertrauen, dass das, was wir uns erhoffen, dass alle sorgsam und umsichtig mit der neuen Situation umgehen, dass Hygienekonzepte zur Anwendung kommen, dass niemand die Chancen jetzt ohne Rücksicht auf andere nutzt, ein großes Verantwortungsgefühl bei vielen Bürgerinnen und Bürgern auslöst.

Ich glaube, wir sind in Schleswig-Holstein auch nur deswegen bisher wirklich gut durch diese Pandemie gekommen, weil wir uns darauf verlassen konnten, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein mit der Situation sehr umsichtig umgegangen sind. Deswegen bitte ich herzlich darum: Dieser Öffnungsschritt heißt nicht, es kann jetzt alles locker sein, sondern dieser Öffnungsschritt heißt: Machen Sie alle bei der Pandemiebekämpfung so mit, wie wir es in den vergangenen Monaten gewohnt gewesen sind.

Wenn wir das alle miteinander beherzigen, werden wir die nächsten Wochen gut miteinander überstehen und dann Richtung Sommer immer mehr Normalität haben. Ich bitte alle Bürgerinnen und Bürger herzlich um ihre Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Oppositionsführer, der Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Würden wir ein Jahr nach Beginn der Pandemie und nach Monaten des zweiten Lockdowns nur auf die Infektionszahlen blicken, dann wäre das sehr ernüchternd. Es wäre auch schwer zu verstehen, warum wir die bisherigen Einschränkungen nicht verlängern, sondern über Erleichterungen reden. Das gälte übrigens erst recht, wenn der in der letzten Ministerpräsidentenkonferenz festgelegte kritische Inzidenzwert von 35 Infektionen auf 100.000 Ein-

wohner heute noch Bestand hätte. Das will ich zu Beginn in aller Deutlichkeit sagen, weil es das ganze Dilemma hervorhebt; denn die Infektionszahlen liegen noch immer deutlich über den Spitzenwerten aus der ersten Welle im vergangenen Frühjahr, und die Zahlen sinken nicht etwa, sondern sie stagnieren, teilweise steigen sie im Schnitt der letzten Tage sogar, wenn zum Glück auch moderat. Die Gefahr einer dritten Welle bleibt akut, wie andere Länder gezeigt haben. Manche Experten sehen uns bereits mitten in dieser dritten Welle.

Ja, die Todeszahlen sind durch die Impfungen bei vielen älteren Menschen, insbesondere in den Heimen, zurückgegangen. Das ist gut so. An der Gefährlichkeit des Virus ändert das nichts. Wenn sich sehr schnell sehr viele jüngere Menschen anstecken, wird das gravierende Folgen für die Belastungssituation in den Krankenhäusern und unserer Gesellschaft insgesamt haben, ganz abgesehen von den Langzeitauswirkungen einer Krankheit, über die wir noch immer viel zu wenig wissen.

Aber nach langen Monaten des Lockdowns ist eben auch klar, dass neben den Infektionszahlen der Blick auf die gesamte Breite der gesellschaftlichen Folgen gehen muss. Das Robert Koch-Institut hat mit seinem Perspektivplan, insbesondere mit der damit verbundenen Toolbox, in der vergangenen Woche für verschiedene Lebensbereiche eine transparente Übersicht der Infektionsgefahren, aber auch der Auswirkungen von anhaltenden Einschränkungen veröffentlicht. Vor dem Hintergrund dieser zusammengefassten wissenschaftlichen Erkenntnisse, aber auch mit Blick auf mehr Möglichkeiten für Aktivitäten im Freien, die mit dem wärmenden Frühjahr kommen, ist eine maßvolle Anpassung der Beschränkungen vertretbar. Ob die gestrige Vereinbarung erfolgreich ist, wird allerdings entscheidend davon abhängen, ob eine pragmatische Umsetzung gelingt oder, um es polemisch zu formulieren, das mit teutonischem Fundamentalismus durchgezogen wird. Es geht um den Dreiklang Impfen - Testen - Öffnen. Letzteres hängt ganz stark vom Erfolg der Impfstrategie und der massiven Ausweitung von Tests und Selbsttests ab.

Deutschland startet in eine neue Phase der Pandemiebekämpfung, hat die Frau Bundeskanzlerin gestern gesagt. Im internationalen Vergleich ist das eher ein Humpeln. Immerhin gibt es jetzt einen Perspektivplan, wie wir das seit Monaten gefordert haben. Er kommt aber ziemlich spät, er ist reichlich kompliziert, er ist in Teilen widersprüchlich, und er lässt viele Fragen offen.

(Beifall SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Da auf 100 Besserwisser, wie man sagt, nur ein Bessermacher kommt und die ganze Besserwisserie ja auch nichts nützt, will ich ausdrücklich sagen, dass wir als SPD-Fraktion bei aller notwendigen oppositionellen Einzelkritik die Einigung von gestern als eine Basis betrachten, mit der jetzt umgegangen wird, und dass wir in dem Rahmen auch weiterhin Verantwortung übernehmen und immer wieder konkrete Verbesserungsvorschläge hier im Haus einbringen. Ich sage aber ausdrücklich an Sie, Herr Ministerpräsident, an Ihre Regierung und an die Koalitionsfraktionen gewandt auch im Lichte der letzten Parlamentsdebatte hier: Das kann keine Einbahnstraße sein. Natürlich gilt: Wir messen Sie, Herr Ministerpräsident - was denn auch sonst? -, und Ihre Regierung an der politischen, administrativen und kommunikativen Umsetzung dessen, was Sie angekündigt haben, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall SPD)

Aber auch bei diesem Perspektivplan muss uns allen klar sein: Das darf nicht als Signal für größere Sorglosigkeit missverstanden werden. Der Gesundheitsschutz muss oberste Priorität behalten. Wir wollen auch keinen Zickzackkurs zwischen Verschärfung und Lockerung, weil dies für die Planungssicherheit der Menschen gravierende Folgen hätte. Mir haben viele Einzelhändler gesagt, dass sie lieber ein bisschen länger warten, als noch einmal im Zickzackkurs auf- und wieder zumachen zu müssen, weil sie das kein weiteres Mal überstehen würden. Bei allem, was die Landesregierung ankündigt, sollten Sie immer daran denken, dass Sie es einhalten und umsetzen können; denn ein Hin und Her der Vorgaben ist das, was die Betroffenen am allerwenigsten brauchen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD)

Wir müssen also schon die Entwicklung der Inzidenzen genau im Blick behalten; denn die letzten Monate zeigen, dass eine hinausgezögerte Reaktion verheerend ist und letztlich zu deutlich längeren Maßnahmen und erheblich größeren Schäden führt. Darum ist die gestern vereinbarte Notbremse für die Aufhebung richtig. Wir als SPD-Fraktion haben übrigens immer gesagt, dass ein bundesweit verbindlicher Perspektivplan in zwei Richtungen wirken muss: zur Erleichterung, wenn das möglich ist, und zur Verschärfung, wenn es nötig ist.

Ein Stufenplan ist insofern begrüßenswert und notwendig. Dennoch gilt: Unter dem Strich ist das Ergebnis der Bund-Länder-Beratungen erneut nicht

zufriedenstellend. Je mehr Mechanismen, Richtwerte und Regeln für die einzelnen Bereiche vereinbart wurden, umso deutlicher wurde, dass das Gesamtkonzept wegen seiner Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit nur sehr schwer den erforderlichen Kriterien von Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Effektivität gerecht wird. Verstehen Sie mich nicht falsch. Anders als der Ministerpräsident glaube ich nicht, dass es Blaupausen gibt, auch nicht aus Schleswig-Holstein. Ein bisschen Trial and Error ist immer dabei, wenn man solche Dinge in der praktischen Politik macht. Natürlich lassen sich Begründungen finden, warum Buchläden unter strengen Regeln öffnen dürfen. Als Buchliebhaber finde ich das klasse. Die Inhaber anderer kleinerer Geschäfte teilen diese Begeisterung allerdings wahrscheinlich nicht, sondern würden sich das auch für sich wünschen; denn ein Stück weit bleibt es natürlich willkürlich.

Darum haben wir nach wie vor einen Stufenplan, bei dem wir glauben, dass es unerlässlich ist, dass Transparenz für möglichst viele geschaffen wird, dass Perspektiven für alle aufgezeigt werden und dass die zunehmend komplizierteren Regeln gebündelt werden können. Wenn die Bürgerinnen und Bürger nicht verstehen, was wir tun, dann wird es auch keinen Erfolg solcher Stufenpläne geben können. Selbst die Mediziner haben uns in der Anhörung gesagt, dass die Akzeptanz der Bevölkerung - über alle Regelungen zum Gesundheitsschutz hinaus - das A und O der Pandemiebekämpfung sei.

Für bestimmte Bereiche wurde jetzt endlich nach einem Jahr Pandemie ein Weg beschrieben. Für andere Bereiche, wie große Teile der Kultur, Gastronomie oder des Tourismus, wurde das wieder einmal vertagt. Das wäre nicht zuletzt mit Blick auf die vom Robert Koch-Institut beigesteuerte Vorlage definitiv anders möglich gewesen. Damit meine ich übrigens nicht zwangsläufig eine frühere Öffnung, aber doch eine klare Perspektive für die, die zunehmend mit Verzweiflung und manchmal mit Wut hier vor dem Landeshaus stehen, sich in unseren Wahlkreisen melden oder sich an die Politik insgesamt richten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es ist auch niemandem zuzumuten, selbst seitenlange Beschlusstexte zu wälzen, um die Logik der bundesweiten Coronaregeln nachzuvollziehen. Ich höre übrigens, dass mancher lieber die Seite des NDR anguckt, als sich die Verordnung anzusehen, weil man da besser begreift, was damit gemeint ist.

(Dr. Ralf Stegner)

Aber unabhängig davon will ich damit sagen: Das mag für eine Parlamentsdebatte funktionieren, an der Lebensrealität von Menschen geht das jedoch weitgehend vorbei. Auch das ist ein großes Problem im Hinblick auf die notwendige Akzeptanz. Zur Kommunikation komme ich gleich noch einmal. Aber wir sagen es hier immer wieder: Ohne eine Kommunikation, die stringent ist, wird es nicht gelingen, die Menschen mitzunehmen, um das zu erreichen, was wir miteinander brauchen, um zum Erfolg zu kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich glaube übrigens, dass die Akzeptanz für die erforderlichen Maßnahmen zwar zurückgeht, aber immer noch erstaunlich groß ist. Man darf natürlich Lautstärke an der einen oder anderen Stelle auch nicht mit Quantität gleichsetzen; das füge ich ausdrücklich hinzu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Fraktion hat in der vergangenen Sondersitzung beantragt, zumindest eine norddeutsche Lösung für einen verbindlichen Stufenplan auf den Weg zu bringen, wenn schon eine bundesweite Lösung nicht möglich ist. Das haben Sie damals weggestimmt, und im Ergebnis haben wir jetzt zwar den Umriss eines bundesweiten Stufenplans, aber noch ist nicht klar, was das für die norddeutsche Nachbarschaft konkret bedeutet. Ob Tourismus oder Einzelhandel, Gaststätten oder Hotels, wir kriegen Riesenprobleme, insbesondere in der Metropolregion, wenn bei wichtigen Fragen des täglichen Lebens auf der einen Seite der Straße etwas anderes gelten sollte als auf der anderen. Sollte es bei unterschiedlichen Inzidenzraten eine Öffnung der Geschäfte auf der einen Seite, aber nicht auf der anderen Seite geben, dann kann man sich leicht vorstellen, was dieser Pull-Effekt mit den Inzidenzzahlen machen würde, liebe Kolleginnen und Kollegen. Darum werden wir uns sicherlich zu kümmern haben.

(Zuruf CDU: Und Ihr Vorschlag? - Weiterer Zuruf: Hamburg eingemeinden!)

- Sie können gerne dazwischenrufen. Ich kann nur sagen: Das sind die Anforderungen, die die Menschen, die in der Metropolregion leben, an uns stellen. So ist das, da können Sie ganz sicher sein.

(Beifall SPD)

Deshalb bin ich dankbar für jedes Gespräch, das auf norddeutscher Ebene stattfindet, um größtmögliche Gemeinsamkeit zu erreichen. Ja, auch wir als Oppositionsfraktion beteiligen uns daran, solche Ge-

spräche zu führen, weil wir diese Gemeinsamkeit wollen und hier nicht nur einfordern.

Wir haben aber mittlerweile März. Vielleicht ist doch mehr möglich. Natürlich, Herr Ministerpräsident, wird es auch einen Unterschied im Land geben. Da ist es Ihre Verantwortung, die Kreise und kreisfreien Städte nicht alleinzulassen, sondern ihnen jede Unterstützung zu geben, die notwendig ist, um gut durch die Krise zu kommen. Dazu gehören übrigens auch die Folgen für die umliegenden Kreise, wenn es Beschränkungen geben muss, wie zurzeit in Flensburg. Das hat nämlich massive Folgen für die Umgebung. Auch das müssen wir im Blick behalten, wenn wir uns die Dinge angucken. Da kann man ja ganz kuriose Dinge beobachten - nicht nur da, aber dort auch. Solche Dinge müssen gelöst werden, sonst liegt die Inzidenz nämlich ganz fix woanders, als wir es uns wünschen.

Herr Ministerpräsident, meine Fraktion hat große Bauchschmerzen bei Ihren Ankündigungen zum Tourismus. Ja, daran hängen viele Arbeitsplätze und Existenzen in Schleswig-Holstein. Und ja, wir sind ein gastfreundliches Land, und es tut richtig weh, wenn man Menschen abweisen muss, die eigentlich in diesem schönen Land Urlaub machen könnten. Und ja, mit Testungen, Hygienekonzepten und Dokumentationspflichten wäre manches vorstellbar, das ist schon so. Und ja, die Menschen verdienen auch eine Perspektive. Sie verdienen aber auch eine ehrliche Einschätzung, Herr Günther. Sie haben gestern einer Vereinbarung zugestimmt - und zwar ohne jede distanzierende Protokollerklärung, ich habe genau nachgelesen -, mit der eindringlich appelliert wird, auf alle nicht zwingend notwendigen Reisen im Inland weiterhin zu verzichten, und in der auch vereinbart wurde, die Homeoffice-Verordnung aus epidemiologischen Gründen bis zum 30. April zu verlängern. Wir alle wissen, wie lange es gedauert hatte, das hinzukriegen.

Wie soll dazu passen, Schleswig-Holstein am 1. April 2021 für den bundesweiten Osterurlaub zu öffnen? Wie soll das eigentlich zusammenpassen?

(Beifall SPD)

Da können Sie ja Hoffnung äußern. Ich sage Ihnen aber: Das ist die nächste Bruchlinie für die gesellschaftliche Akzeptanz, erst recht, wenn Schleswig-Holstein dann entgegen der gemeinsam getragenen Vereinbarung auf einen Alleingang zusteuern sollte. Zumindest auf Grundlage der heute vorliegenden Informationen würde meine Fraktion diesen Widerspruch nicht mittragen - bei allem, was wir uns wünschten, dass wir es tun könnten. Die Menschen

(Dr. Ralf Stegner)

haben aber Anspruch auf Ehrlichkeit, dass man nicht das eine vereinbart und das andere macht.

(Zurufe)

- Nein, das ist einfach so. Man muss die Texte doch lesen. Wir haben es doch erlebt: Dann unterschreibt man das und sagt, wir machen das mit den 35. Und dann trägt man hier vor, dass es wegen der Mutation nötig sei, und sagt später, man sei etwas von der Begeisterung übermannt worden - die Mutationen sind übrigens nicht weg -, und dann gilt das nicht mehr. Das ist kein Beispiel für gute Kommunikation, und das ruiniert auch die politische Glaubwürdigkeit im Land.

(Beifall SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn Öffnungen in Sicht sind, wird die Situation für viele - vor allem für Kleinunternehmen - absehbar schwierig bleiben. Deutschland hat Hilfen auf den Weg gebracht, die im europäischen Vergleich ein enormes Volumen haben. Trotzdem fallen nach wie vor viele durchs Raster. Darum ist der von Bund und Ländern finanzierte Härtefallfonds so wichtig. Entscheidend ist jetzt, dass man sich bei der Umsetzung nicht an dem Tempo orientiert, das der Bundeswirtschaftsminister vorgelegt hat, um nach langen Wochen endlich eine Plattform auf den Weg zu bringen. Dafür hat niemand im Land Verständnis.

In Teilen waren die letzten Wochen wirklich eine Vorlage dafür, wie Kommunikation nicht laufen darf. Ich habe es eben mit dem 35er-Wert ausgeführt. Da kann man wirklich sagen: Im Ergebnis mag die Entscheidung, auch mit Blick auf die gesamtwirtschaftlichen Folgen, richtig sein. Man kann politisch zu dem Ergebnis kommen, dass der Kurswechsel erforderlich war. Insgesamt aber kostet ein Zickzackkurs unnötig Zeit und Reputation des Coronamanagements von Bund und Ländern - um es sehr freundlich auszurücken. Wenn man es deutlicher sagen wollte, könnte man sagen: Das war politischer Dilettantismus von mehreren, die sich so geäußert haben, der viel Glaubwürdigkeit vernichtet hat. Ich befürchte übrigens, dass gestern Abend die Akzeptanz vieler Menschen abermals verspielt worden ist, die bisher mit Verständnis und Geduld hinter der Coronapolitik gestanden hatten.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Allerdings!)

Ähnlich unbefriedigend lief übrigens die Kommunikation zu den Schnelltests. Das, was der Herr Bundesgesundheitsminister hier abgeliefert hat - manche behaupten: auf Intervention der Frau Bun-

deskanzlerin abliefern musste -, ist völlig indiskutabel, liebe Kolleginnen und Kollegen. Völlig indiskutabel!

(Beifall SPD, SSW und Dennys Bornhöft [FDP])

Gestern hatte man die massive Ausweitung von Schnell- und Selbsttests zu Recht als Grundlage für die Aufhebung von Beschränkungen vereinbart. Es ist aber noch gar nicht lange her, da wurde der Nutzen auch von einigen hier im Hause vehement bestritten, nicht zuletzt von der Frau Bildungsministerin, was die Schulen angeht. Da verstehe ich schon, dass andere da kaum noch hinterherkommen. Auch das ist für die Akzeptanz gefährlich.

In dieselbe Kategorie gehört die Auseinandersetzung um den Stufenplan für Schleswig-Holsteins Schulen, den die Bildungsministerin sogar noch im Hochglanzdruck verteilt hat. Angekündigt war ein Start im Wechselunterricht für die Klassen 1 bis 6. Tatsächlich ging es mit Präsenzunterricht für die Klassen 1 bis 4 los. Auch jetzt gibt es wieder Unverständnis an den Schulen, warum von den Ankündigungen abgewichen wird und es in einem Kreis beim Wechselunterricht bleibt, während bei der gleichen Inzidenzlage im Nachbarkreis der Präsenzunterricht startet.

Stichwort Präsenzunterricht: Wenn die Landesregierung schon ankündigt, dass Lehrerschaft, Schülerinnen und Schüler getestet werden sollen, müssen die Kapazitäten vor Ort auch vorhanden sein. Es muss vorbereitet sein und funktionieren. Wir erwarten von Ihnen, dass es so gehandhabt wird.

(Beifall SPD)

Unsere Schulen sind wirklich engagiert. Sie sagen, Sie seien stolz auf die Lehrerschaft. Es wäre schön, wenn Sie auch stolz auf Ihre Bildungsministerin sein könnten, wenn es nämlich besser in der Umsetzung der Dinge klappen würde. Die Schulen brauchen ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und nicht ein Trommelfeuer von beinahe täglichen Dienstanweisungen und Richtlinien, wobei die eine Regelung wieder einkassiert wird. Das ist eine echte Belastung. Entweder sind wir die einzigen, die reihenweise Mails und Anrufe bekommen, oder aber die Koalition hat in dieser Frage eine bemerkenswerte Geduld. Ich will es heute einmal sehr freundlich sagen, Frau Bildungsministerin, Sie wissen, was ich meine.

(Beifall SPD)

Die Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner mussten lange warten. - Das war Ihr Satz,

(Dr. Ralf Stegner)

Herr Ministerpräsident. Sie meinten damit die Öffnungsperspektiven und nicht etwa, wie ich zuerst dachte, die Impfung. Die Impfungen bleiben aber der zentrale Baustein gegen die Pandemie. Sie sind sogar das einzige Mittel auf dem Rückweg zu einem normaleren Leben. Das Erreichte ist ein Erfolg, und trotzdem wären wir alle zusammen gern weiter. Bei aller Notwendigkeit, nach vorne zu blicken, möchte ich schon feststellen: Die Fehler bei der unzureichenden Beschaffung von Impfstoff haben schwere Gesundheitsschäden und Menschenleben gekostet und damit viel vermeidbares Leid in die Familien gebracht. Dieses Kapitel wird zu gegebener Zeit politisch aufgearbeitet werden müssen, zumal andere Staaten weit besser abgeschnitten haben als wir, auch solche, über die sich mancher in der Anfangszeit der Pandemie in Bezug auf ihr Krisenmanagement teilweise mit sehr großem, deutschen Selbstbewusstsein abfällig geäußert hatte.

Der neue amerikanische Präsident will bis Ende Mai alle Erwachsenen - das sind circa 260 Millionen Menschen - durchgeimpft haben. Beim gegenwärtigen Impftempo werden wir in Deutschland mit circa 69 Millionen Erwachsenen dasselbe Ziel im Januar 2022 erreicht haben. Das ist nicht akzeptabel, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Das muss anders werden!

(Beifall SPD und SSW)

Immerhin wollen wir bereits bis zum 1. April 2021 eine halbwegs funktionierende Teststrategie auf die Beine stellen - bravo, kann ich da nur sagen! Ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Wir werden hoffentlich in den nächsten Monaten eine Situation erleben, in der nicht mehr die Knappheit der Impfstoffe, sondern die Impfkapazitäten bestimmen, wie schnell wir impfen können.

Zumindest bei AstraZeneca, dessen Reputation auch ein Kapitel missratener Kommunikation ist, sagt nun auch die Regierung, dass wir offensiv auf Rückstellungen für die Zweitimpfung verzichten können, um möglichst vielen Menschen mit der Erstimpfung einen guten Schutz bieten und damit gleichzeitig die Impfbereitschaft besser auslasten zu können. Das scheint auch uns der richtige Schritt zu sein. Auch die Zulassung für über 65-Jährige steht bevor, wie erwähnt worden ist. Wir waren aber sehr verwundert über den heutigen Bericht in den „Lübecker Nachrichten“. Wenn tatsächlich der Bundesgesundheitsminister bereits Mitte Februar zu einer vorgezogenen Erstimpfung geraten hat und das in Schleswig-Holstein an IT-Problemen gescheitert sein sollte, wundern wir uns schon sehr, Herr Minister, dass wir das aus der Zeitung erfahren

müssen. Wir werden das in der kommenden Sitzung des Sozialausschusses aufklären müssen, damit klar ist, woran das eigentlich liegt. Auch da gilt: Jede Impfung rettet Leben. Wir können uns solche Dinge nicht leisten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Ebenso ist absehbar mit der Zulassung des Impfstoffes von Johnson & Johnson zu rechnen. All das erlaubt dann auch die geplante Verimpfung in den Arztpraxen. Ich habe mich übrigens über die mutige Ankündigung gewundert, Herr Ministerpräsident. Ich bin sehr gespannt, ob das so klappen wird mit all dem, was die Ärzte da machen sollen, unter anderem auch, auf die Priorität zu achten. Wunderbar wäre es, weil die Massenwirksamkeit nur kommt, wenn wir über die Arztpraxen verimpfen können. Alle von uns wünschen sich das sehr.

Es ist zu früh, auf die Priorisierung bei den Impfungen gänzlich zu verzichten, weil wir natürlich den Schutz besonders gefährdeter Menschen weiter im Blick haben müssen. Dennoch kann man die gesellschaftliche Diskussion über Aufwand und Ertrag von Priorisierungsverfahren nicht unterdrücken. Immerhin: Bevor wir Termine ungenutzt lassen, scheint es die bessere Lösung zu sein, zumindest die nächste Prioritätengruppe schnell in die Impfung einzubeziehen. Darum war es richtig, dass der Herr Sozialminister dieses am Vormittag heute in Aussicht gestellt hat.

Herr Garg, lassen Sie mich die Gelegenheit zu einem weiteren Hinweis nutzen: Wir bekommen nach wie vor sehr viele Beschwerden über die Impfhotline. Ich kann verstehen, wenn Impfstoff fehlt. Ich kann auch verstehen, wenn es nur eine gewisse Zahl an Impfbereitschaft gibt. Warum aber ausgerechnet die Hotline wegen fehlender Callcenter-Kapazitäten der Flaschenhals sein soll, sodass dies im Land für Frust sorgt, erschließt sich mir nicht. Das muss dringend gelöst werden, erst recht, wenn ab kommenden Dienstag auch die Grundschullehrkräfte und das Kita-Personal dazukommt und versucht, Termine zu bekommen. Das müssen wir ändern, das können wir ändern. Das Personal wird sich doch finden lassen, damit das geschieht.

(Beifall SPD und SSW)

Neben den Impfungen hat die Teststrategie eine enorme Bedeutung. Das unterstreicht auch der gestrige Beschluss noch einmal. Es ist schon ein besonderes Armutszeugnis, dass wir ein Jahr nach Beginn der Pandemie immer noch keine vernünftige Teststrategie haben und bis gestern Abend auch hier

(Dr. Ralf Stegner)

über Liefermengen, Vertriebswege, Dokumentation und die Beteiligung der Bundesregierung gerätselt worden ist. Da gab es sogar Sitzungsunterbrechungen deswegen, wie man dem Liveticker entnehmen konnte. Was ist das für ein Armutszeugnis, wo andere Nachbarländer das mit den Tests längst gelöst haben, übrigens auch vernünftig gelöst haben, wie man hört.

Da hilft übrigens auch nicht, jedenfalls nicht für eine führende Industrienation, wenn große Drogeriemärkte angekündigt haben, dass sie kostengünstige Sets mit Selbsttests zur Verfügung stellen. Das ist schön, aber es bleibt dabei: Die Teststrategie hätte besser sein müssen. Das ist ein Armutszeugnis. Dafür trägt der Bundesgesundheitsminister die Verantwortung.

(Beifall SPD und Christian Dirschauer [SSW])

Ich spare mir an dieser Stelle jeden Kommentar zu den Reaktionen, die meine Fraktion bekommen hat, als wir hier in der Vergangenheit seit dem letzten Sommer anlasslose Tests in größerer Zahl gefordert haben, oder auch zu den Steinen, die man dem Kreis Rendsburg-Eckernförde in den Weg gelegt hat, der seit Wochen an einer sehr konkreten Umsetzung einer eigenen Teststrategie arbeitet. Ich finde, das ist ein Punkt, der sich selbst urteilt, wenn man sich das einmal genau anschaut.

Der gestrige Beschluss nimmt nicht zuletzt die Unternehmen für die Tests bei ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Verantwortung. Das ist richtig so. Wir hätten es allerdings begrüßt, wenn es nicht bei Appellen geblieben wäre. Bürger werden per Verordnung zur Einschränkung verpflichtet, die Wirtschaft wird gebeten: Dieses Ungleichgewicht hatten wir schon beim Homeoffice, und das wird in den nächsten Monaten nicht so bleiben können, liebe Kolleginnen und Kollegen. Da muss man auf beiden Seiten konsequent sein, finde ich, bei der Wirtschaft und bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall SPD und SSW)

Denn der Grundsatz muss weiterhin sein: Wer kann, arbeitet von zu Hause, und wer das nicht kann, muss Anspruch auf bestmöglichen Schutz haben. Auch vor dem Hintergrund bin ich übrigens nicht sicher, ob Schleswig-Holsteins Urlaubspläne bei aller individuell verständlichen Freude das richtige Signal sind. Hamburg hat übrigens bereits 2 Millionen Schnelltests für seine Schülerinnen und Schüler bestellt. Es wäre gut, wenn der Beschluss von gestern jetzt auch bei uns für Tempo sorgen sollte.

Meine Fraktion und der SSW haben zur heutigen Sondersitzung einen Antrag vorgelegt, weil wir überzeugt sind, dass in den Schulen dringend nachgesteuert werden muss. Wir dürfen nicht hinnehmen, dass Schülerinnen und Schüler durch die Pandemie auf der Strecke bleiben. Dazu braucht es mehr Konzepte und Unterstützung - Dinge, die andere Länder auf den Weg gebracht haben. Wir wollen, dass schnell und unkompliziert verstärkt an die Schulen kommen: Studierende, Dozentinnen und Dozenten aus den Weiterbildungseinrichtungen, aber auch Lehrkräfte im Ruhestand. Wir brauchen wirklich jede mögliche Unterstützung.

Wir wollen einen Verfügungsfonds für jede Schule, damit vor Ort schnell auf Missstände reagiert werden kann, bevor sie zu echten Problemen werden. Das gilt für Hygienemaßnahmen, das gilt für technische Ausstattung, das gilt für DaZ-Angebote.

Wir finden, dass Bremen mit der Integration der Lernplattform „Sofa-Tutor“ in der auch da verwendeten itslearning-Plattform einen richtigen Schritt gegangen ist, ebenso Mecklenburg-Vorpommern, wo für individuelle Lernlücken eine interessante Lösung gefunden worden ist, indem pro Schüler 30 Nachhilfestunden übernommen werden. Denn seien wir ehrlich: Ein Teil der Familien kann und wird diese Hilfen nicht in Anspruch nehmen können, für andere ist sie unbezahlbar. Wir wollen doch nicht, dass die Unterschiede noch vertieft werden.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Ich habe in jeder meiner letzten Reden hier auf die beunruhigende Situation unserer Krankenhäuser im Land hingewiesen. Die ersten kommunalen Krankenhäuser benötigen Millionenzuschüsse ihrer Träger, weil sie wegen der niedrigen Inzidenzraten vor Ort durchs Raster zu fallen drohen, andere können kaum noch die Gehälter bezahlen. Deshalb haben wir auf allen Ebenen in Bund und Ländern gemeinsam versucht, mitzuhelfen, dass das Problem gelöst wird. Der Beschluss von gestern muss noch konkretisiert werden, aber immerhin scheint es ein gemeinsamer Erfolg hier in diesem Hause zu sein, dass unsere Krankenhäuser für 2021 die pandemiebedingten Einnahmehausfälle erstattet bekommen. Das ist gut, wenn es so ist. Das freut dann auch meine Fraktion. Es ist wichtig, denn die Krankenhäuser sind für die Daseinsvorsorge in Stadt und Land außerordentlich wichtig. Sie leisten viel.

(Beifall SPD, SSW, Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Dr. Ralf Stegner)

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Das langsame Wiederanfahren unserer Gesellschaft wird ein Drahtseilakt, bei dem wir zum einen ganz genau im Blick behalten müssen, dass Einschränkungen kein Selbstzweck sind und dass Grundrechte nicht gewährt werden, sondern jedem zustehen, aber bei dem wir eben auch mit aller Vorsicht auf die Entwicklung des Infektionsgeschehens achten müssen. Meine Fraktion bleibt dabei: In den Fokus gehören diejenigen, die es besonders schwer haben. Darum darf es bei den Öffnungen nicht darum gehen, diejenigen zufriedenzustellen, die den lautesten Protest organisieren, sondern denen Priorität zu geben, bei denen die Betroffenheit am größten ist.

Wir haben bereits im Herbst darauf hingewiesen, dass man keine Regeln beschließen darf, die man nicht bereit ist durchzusetzen. Beschränkungen, die mit einem Augenzwinkern begleitet werden, taugen nichts. Der Maßstab muss gelten. Es ist richtig, die Kontaktregeln anzupassen, denn sie waren lebensfremd und wurden von vielen nicht eingehalten. Wer kann schon wollen, dass nicht beide Eltern zu Besuch kommen können oder Kinder ihre Partner nicht mitbringen können? Das funktioniert nicht, das ist auch falsch.

Ich habe vor ein paar Tagen einen sehr klugen Satz gelesen, der lautet: In der Pandemie lernt man mindestens so viel über Menschen wie über Viren. Da wir den Kollegen Dolgner in unserer Fraktion haben, lernen wir auch noch andere Sachen. Das ist jedenfalls etwas, was so zutrifft. Das kann ich nur uneingeschränkt unterschreiben. Es gibt im Schlechten wie im Guten solche Beispiele. Da gibt es die einen, die sich beim Impfen vordrängeln, die bei Förderprogrammen betrügen, die versuchen, aus der Not anderer einen Reibach zu machen, die andere mit ihren Luxusproblemen behelligen oder gar als Coronaleugner bei Massenveranstaltungen die Infektionsrate nach oben treiben.

Dann gibt es die vielen anderen, die sich unermüdlich für andere engagieren, die schufteten, damit andere durch die Krise kommen oder am Leben bleiben, die sich um die Einsamen kümmern, die bei Nachbarschaftshilfe, als Freiwillige in Impfzentren oder Heimen berührende Beispiele menschlicher Solidarität zeigen. All diesen Menschen sind wir zutiefst dankbar.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind es nämlich, die die guten Beispiele für uns liefern, an denen wir uns orientieren können. Denn jeder von uns ist in der Verantwortung - in der poli-

tischen und in der persönlichen Verantwortung - in all dem, was man tut. Ich wiederhole es gern: Wir haben es gemeinsam in der Hand, wie wir durch die nächsten Wochen kommen: mit Umsicht, Einsicht und Rücksicht. - Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die CDU-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Tobias Koch.

Tobias Koch [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Ergebnisse der gestrigen Bund-Länder-Beratungen eingehe, will ich zunächst einen Blick auf die Ausgangslage werfen, in der wir uns befinden. Seit Montag dieser Woche sind alle 28 Impfzentren in Schleswig-Holstein in Betrieb. Das geht einher mit stark steigenden Impfstoffmengen, die mittlerweile verfügbar sind. Allein im Monat März werden bundesweit rund 10 Millionen Impfdosen ausgeliefert. Das ist in einem Monat mehr als doppelt so viel wie in den letzten zweieinhalb Monaten zusammen.

(Beate Raudies [SPD]: Die gehören verimpft, darauf kommt es doch an!)

Ab nächster Woche wird bei uns in Schleswig-Holstein deshalb auch mit der Impfung der Prioritätsgruppe 2 begonnen, wovon dann auch Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher profitieren werden.

(Beifall CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sobald Mitte März alle über 80-Jährigen einen Impftermin erhalten haben, beginnt anschließend die Terminvergabe für Personen im Alter zwischen 79 und 70 Jahren. Wenn jetzt auch noch der Astra-Zeneca-Impfstoff für Personen über 65 Jahre zugelassen wird und wenn dann ab Ende März, Anfang April auch noch die Hausärzte in die Impfung einsteigen, dann erreichen wir doch ganz andere Dimensionen bei der Impfstrategie, als es bisher möglich war. Ich glaube, man muss schon Ralf Stegner sein, um das noch mit einem negativen Touch und Kritik versehen zu können.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Ohne Frage haben wir noch eine längere Wegstrecke vor uns, aber ich glaube, man kann sagen: Ab dieser Woche sind wir dabei, den Wettlauf gegen das Virus zu gewinnen.

(Tobias Koch)

Aber das ist noch nicht alles: Seit Dienstag letzter Woche sind die ersten Selbsttests zugelassen. Ebenso, wie wir heute an der Supermarktkasse eine FF-P2-Maske für 99 ct kaufen können, wird es auch bald Selbsttests für wenige Euro zu kaufen geben - und das in großer Stückzahl. Das ist keine Frage, ob und wie viel die Bundesregierung hier bestellt hat, sondern jeder Hersteller wird aus eigenem wirtschaftlichen Interesse bestrebt sein, möglichst schnell möglichst viele dieser neuen Selbsttests zu produzieren. So funktioniert nämlich Marktwirtschaft.

Nachdem die Testkapazitäten schon mit den Schnelltests erheblich ausgeweitet werden konnten, ergeben sich mit der Einführung von Selbsttests jetzt noch ganz andere Möglichkeiten für testbasierte Öffnungsstrategien. Wenn alle Teilnehmer vorher getestet sind, dann kann im Grunde jede Einrichtung wieder geöffnet und jede Aktivität wieder zugelassen werden, sofern eine Kontrolle der Tests gewährleistet ist. Das hat sich gestern auch in dem Beschluss entsprechend niedergeschlagen. Das gilt erst recht, wenn auch die Spucktests verfügbar sind, womit die Durchführung der Tests noch einmal vereinfacht wird.

Ich finde, das sind exzellente Perspektiven, um den Zeitraum zu überbrücken, bis zu dem alle Bürgerinnen und Bürger ein Impfangebot erhalten haben, also bis zum Ende des Sommers. Über diese Zeit sprechen wir jetzt.

Beides zusammen - die erfolgten Impfungen und die ausgeweitete Teststrategie mit Schnelltests - hat schon jetzt zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Todesfälle geführt. Mussten wir zum Jahreswechsel und Anfang Januar vielfach noch 20 bis 30 Tote pro Tag in Schleswig-Holstein beklagen, so ist diese Zahl zuletzt auf einen niedrigen einstelligen Wert pro Tag gesunken. Auch wenn natürlich der Schutz der Gesundheit und von Menschenleben nach wie vor an erster Stelle steht, macht diese Entwicklung zugleich einen erheblichen Unterschied für die Beurteilung der weiteren Öffnungsschritte.

(Beifall CDU und Dennys Bornhöft [FDP])

Das gilt umso mehr, wenn man berücksichtigt, dass über die Hälfte aller Todesfälle bislang auf Personen über 80 Jahre entfielen und in dieser Personengruppe nun in Kürze ein nahezu vollständiger Impfschutz erreicht ist.

Es ist eine große Erleichterung zu wissen, dass diese Risikogruppe dann gut geschützt ist. Auch vor diesem Hintergrund sind weitere Öffnungsschritte möglich.

Meine Damen und Herren, bei der Aufzählung der positiven Entwicklungen will ich den Fall Flensburg nicht unerwähnt lassen. Das mag auf den ersten Blick überraschen, da in Flensburg das Infektionsgeschehen mit einer Inzidenz von aktuell 144 nach wie vor sehr hoch ist. Wir haben oft genug beklagt, dass andere Bundesländer in Hotspots mit Inzidenzen von über 200 nicht gehandelt oder erst eingegriffen haben, als die Inzidenz auf 300 oder 400 gestiegen war.

Flensburg ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir es besser gemacht haben. Stadt, Kreis und Land haben gemeinsam bereits bei einer Inzidenz unter 200 eingegriffen. Trotz der in Flensburg stark vorhandenen Mutationen konnte der Anstieg der Infektionen dadurch gestoppt und von zuletzt 190 auf jetzt 144 reduziert werden.

Die Einschränkungen für die Menschen in Flensburg mit anfänglicher Ausgangssperre, Kontaktverboten und weiter geschlossenen Schulen und Kitas sind ohne Frage hart. Diese Maßnahmen dienen zuallererst dem Schutz der Flensburgerinnen und Flensburger, und sie helfen zugleich dem ganzen Land. Denn in dem Maße, in dem es gelingt, das hohe Infektionsgeschehen in Flensburg zu reduzieren, sinkt auch der landesweite Durchschnitt, was wiederum Voraussetzung für weitere Öffnungsschritte ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen weiteren positiven Fakt nennen. Das ist aus meiner Sicht die geringe Zahl von Coronafällen bei Schülerinnen und Schülern an den Grundschulen nach der Rückkehr zum Präsenzunterricht in der letzten Woche. Nur 16 Fälle und eine Inzidenz von 23 zeigen, dass das Risiko an Schulen deutlich geringer ist als in anderen Bereichen.

(Beifall CDU, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, dass es meines Wissens zu keinerlei Ansteckungen von Mitschülerinnen und Mitschülern im Unterricht gekommen ist, sondern jeweils nur vorsorgliche Quarantänemaßnahmen ergriffen wurden. Auch das ist ein wichtiger Unterschied bei der Beurteilung des Infektionsgeschehens an Schulen.

(Beifall CDU)

Zusammengenommen spricht alles dafür, jetzt weitere Öffnungsschritte vorzunehmen. Ich hätte auch die sinkende Auslastung der Intensivbetten und viele weitere Kriterien nennen können; all das spricht für weitere Öffnungsschritte. Im Grunde ist das

(Tobias Koch)

auch einhelliger Konsens - vielleicht mit Ausnahme der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein -, das RKI, der Expertenrat der Landesregierung und auch die Bundesregierung, alle haben sich in der einen oder anderen Art und Weise für Öffnungen ausgesprochen.

Strittig war dabei immer nur die Frage, zu welchem Zeitpunkt beziehungsweise unter welchen Voraussetzungen was geöffnet werden kann. Wir aus Schleswig-Holstein haben uns für einen bundesweiten Stufenplan starkgemacht, und den haben die gestrigen Bund-Länder-Beratungen nunmehr als Ergebnis hervorgebracht. Das will ich an dieser Stelle würdigen, bevor ich mich wie der Kollege Stegner selbstverständlich mit den Details des Stufenplans beschäftige. Ich finde, man hätte zunächst einmal gratulieren können, dass es gestern gelungen ist, den Stufenplan zu vereinbaren. Die SPD hätte sich keinen Zacken aus der Krone gebrochen, wenn sie dazu einmal geklatscht hätten.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der schleswig-holsteinische Perspektivplan war der allererste Vorschlag für einen Stufenplan überhaupt. Unsere Landesregierung hat das Zustandekommen des Stufenplans nicht nur mitgetragen oder daran mitgewirkt, sondern sie war ein maßgeblicher Treiber. Ohne diese Blaupause aus Schleswig-Holstein - ich verwende dieses Wort ganz bewusst, Herr Dr. Stegner - würden wir uns vermutlich immer noch von Konferenz zu Konferenz längshangeln, und es gäbe keine planbare Perspektive über die nächsten Schritte hinaus.

(Beifall CDU und FDP)

Das ist seit gestern anders. Darüber können wir uns alle freuen. Darüber sollte sich auch die SPD freuen. Sie haben es ja lange genug gefordert, jetzt ist es passiert.

(Zurufe SPD)

Ein bundesweit einheitlicher Stufenplan hat zwei Seiten: Neben dem Vorteil einer einheitlichen Vorgehensweise hat ein bundesweit einheitlicher Plan auch zur Konsequenz, dass dieser nicht zwingend und automatisch mit allem übereinstimmen muss, was wir uns als schleswig-holsteinischen Perspektivplan vorgestellt hatten.

Erstens. Die Schritte, die wir zum 1. März 2021 über die Friseure hinaus gegangen sind - also Blumenläden, Gartencenter, Nagelstudios -, werden jetzt bundesweit nachvollzogen. Mit anderen Worten: Das haben wir richtig entschieden. Was letzte

Woche vielleicht noch nach schleswig-holsteinischem Alleingang aussah, ist jetzt Common Sense.

Zweitens können wir festhalten, dass zum 8. März 2021 bundesweit einheitliche Öffnungen in Kraft treten, die an einigen Stellen sogar über das hinausgehen, was unsere Landesregierung letzte Woche vorgeschlagen hat. Darüber will ich mich jetzt nicht beschweren; ich finde es gut, dass es hier zu bundesweiten Regelungen gekommen ist. Die komplette Öffnung von körpernahen Dienstleistungen, also auch Kosmetik- und Tattoo-Studios, ebenso wie die Öffnung von Fahrschulen hatte unsere Landesregierung erst für die weiteren Öffnungsschritte im Laufe des März in Aussicht gestellt. Der gestrige Beschluss knüpft diese Öffnungen an das Vorliegen eines tagesaktuellen Schnell- oder Selbsttests, sofern nicht dauerhaft eine Maske getragen werden kann. Ich finde das eine gute und richtige Anpassung an die verbesserten Testmöglichkeiten. Das ermöglicht, diese Öffnungsschritte um zwei, drei Wochen vorzuziehen.

(Beifall CDU)

Ebenfalls zum kommenden Montag kann die Öffnung von Museen und Gedenkstätten sowie die Wiederaufnahme des Sportbetriebs von Jugendgruppen im Außenbereich erfolgen, auch das zwei bis drei Wochen schneller als von der Landesregierung letzte Woche vorgeschlagen und sogar mit bis zu 20 Jugendlichen anstatt nur in Zehnergruppen. Wer von dieser Perspektive letzten Freitag schon begeistert gewesen ist, der kann es jetzt umso mehr sein.

Drittens: das große Kapitel Einzelhandel. An dieser Stelle haben wir uns eine komplette Öffnung bei einer Inzidenz unter 50 gewünscht. Mit diesem Auftrag haben wir unseren Ministerpräsidenten in die gestrigen Bund-Länder-Verhandlungen geschickt. Genau das ist jetzt Bestandteil des gestrigen Beschlusses geworden.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Ehrlich gesagt, hätte ich es nicht für möglich gehalten, diese Forderung durchzusetzen. Umso mehr kann ich unserem Ministerpräsidenten nur gratulieren und ihm meine allergrößte Anerkennung dafür zollen, dass ihm das tatsächlich gelungen ist.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Da wir in Schleswig-Holstein eine Inzidenz von unter 50 aufweisen, werden wir von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Die wahrscheinlich wichtigste Botschaft des heutigen Tages lautet daher, dass alle Geschäfte ab kommendem Montag wieder

(Tobias Koch)

öffnen können, ausgenommen davon bleibt ausschließlich die Stadt Flensburg. Das, was der Ministerpräsident letzten Freitag hier im Plenum des Landtags angekündigt hat, wird jetzt tatsächlich wahr.

Diese Öffnung in Schleswig-Holstein sollte und dürfte auch zu keinen Konflikten mit unseren Nachbarländern Hamburg, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern führen. Herr Dr. Stegner, denn zum einen ist es die logische Konsequenz eines inzidenzbasierten Stufenplans, einer Inzidenzampel, dort zu öffnen, wo die Inzidenz niedrig ist. Zum anderen sieht der gestrige Beschluss auch vor, dass die anderen Bundesländer ihre Geschäfte im Rahmen von Click & Meet, also mit vorheriger Terminvereinbarung, wieder öffnen können.

Auch in Hamburg lässt sich wieder in den Geschäften einkaufen, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger deshalb nach Schleswig-Holstein ausweichen müssen. Aus Mecklenburg-Vorpommern konnten wir hören, dass die Geschäfte dort in Kreisen mit einer Inzidenz unter 50 wieder aufmachen werden. Für den Einzelhandel ist damit der bisherige Lockdown zu Ende.

(Beifall CDU und FDP)

Viertens will ich aus dem gestrigen Beschluss hervorheben, dass in die Öffnungsschritte am 22. März 2021 die Außergastronomie einbezogen ist, so wie es Daniel Günther letzte Woche hier vorgeschlagen hat. Auch diese Öffnung kommt auf jeden Fall, entweder bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 mit der Bedingung eines tagesaktuellen Schnell- oder Selbsttests - -

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

- Soll ich kurz warten?

(Zurufe SPD)

Auch die Öffnung der Außergastronomie kommt auf jeden Fall, entweder bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 mit der Bedingung eines tagesaktuellen Schnell- oder Selbsttests oder bei einer Inzidenz unter 50 ohne zusätzliche Auflagen. Auch für die Gastronomen bei uns im Land ist klar: Sie können damit beginnen, Lebensmittel einzukaufen. Ab dem 22. März 2021 geht es mit der Außergastronomie wieder los.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Fünftens hätten wir uns riesig gefreut, wenn mit dem gestrigen Beschluss auch Perspektiven für die Innergastronomie und Hotelübernachtungen ab dem 29. März 2021 aufgezeigt worden wären. Dazu

findet sich im Papier zwar keine positive Aussage, aber auch keine negative. Somit besteht auf der nächsten Bund-Länder-Konferenz am 22. März 2021 erneut die Chance, hierfür eine Lösung zu finden. Wenn unser Ministerpräsident dann wieder so erfolgreich verhandelt, wie er es gestern getan hat, dann bin ich zuversichtlich, dass das Osterreisegeschäft für unsere Tourismusbranche nicht der Pandemie zum Opfer fallen wird.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP - Unruhe)

Der gestrige Beschluss beinhaltet dafür im Grunde auch schon den Lösungsansatz. Als Bedingung für Öffnungen wird an vielen Stellen das Vorliegen eines tagesaktuellen Schnell- oder Selbsttests genannt. Das ist aus Sicht meiner Fraktion genau der richtige Weg, um unter diesen Bedingungen einen Osterurlaub zu ermöglichen.

Gerade wenn sich Ziffer 16 des Beschlusspapiers mit Quarantänemaßnahmen bei Auslandsreisen in Risikogebiete befasst, wird noch viel deutlicher, dass es viel sinnvoller ist, den Osterurlaub im eigenen Land zu verbringen. Es kann nicht sein, dass Flugreisen ins Ausland möglich sind und gleichzeitig die Übernachtung in Hotels, Ferienwohnungen und auf Campingplätzen in Schleswig-Holstein verboten ist.

(Beifall CDU und FDP)

Als sechsten Punkt zu dem gestrigen Bund-Länder-Beschluss will ich auf einen Aspekt eingehen, der in dem Papier nicht enthalten ist, nämlich die weiteren Öffnungsschritte im Schulbereich. Hierzu stellt der Beschluss zutreffend fest, dass die Länder in Eigenverantwortung über die sukzessive Rückkehr in den Präsenzunterricht entscheiden können. Das bedeutet, dass wir wie vorgesehen auch an den Schulen die nächsten Öffnungsschritte vollziehen können. Die 5. und 6. Klassen beginnen also am kommenden Montag wieder mit Präsenzunterricht. Die 7. Klassen und die aufsteigenden Klassen starten in den darauffolgenden Öffnungsschritten zumindest im Wechselunterricht.

(Vereinzelter Beifall CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir uns diese sechs Punkte anschauen, die ich gerade dargestellt habe, dann können wir mit dem gestrigen Ergebnis mehr als zufrieden sein. Bis auf den Tourismusbereich lassen sich in den nächsten drei Wochen alle Öffnungsschritte umsetzen, die unsere Landesregierung letzten Freitag vorgeschlagen und angekündigt hatte.

(Tobias Koch)

Meine Rede in der letzten Woche hatte ich mit den Worten geschlossen: Die Lage ist ernst, aber nicht hoffnungslos. Mit den jetzigen Beschlüssen ist sie deutlich hoffnungsvoller geworden. Wir haben jetzt einen klaren Fahrplan, der bereits ab kommendem Montag erhebliche Öffnungen zulässt.

Gleichzeitig - das gehört zur Ehrlichkeit und Wahrheit dazu - bleiben die von der Virusmutation ausgehenden Risiken weiterhin bestehen. Die Gefahr einer dritten Welle ist unverändert latent vorhanden. Deshalb ist es nur konsequent und richtig, wenn einzelne Öffnungsschritte auch wieder zurückgenommen werden, sollte die Inzidenz über 50 beziehungsweise über 100 steigen. Auch das entspricht der Logik eines inzidenzbasierten Stufenplans oder einer Inzidenzampel. In beiden Fällen war immer klar: Das gilt nicht nur in eine Richtung, sondern in beide Richtungen gleichermaßen.

Die jetzt angekündigten Öffnungen dürfen deshalb auch nicht als Signal verstanden werden, unvorsichtig zu werden und es bei der Einhaltung von Abstands- und Hygienevorschriften sowie den Kontaktregeln irgendwie schleifen zu lassen. Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Ganz im Gegenteil: Die jetzt schrittweise zurückgewonnenen Freiheiten verteidigen wir am besten dadurch, dass wir die bestehenden Regeln umso konsequenter einhalten.

Liegen wir nämlich drei Tage über 50, dann fallen wir sehr schnell wieder auf einen Öffnungsschritt vorher zurück. Heute Morgen haben wir in der Jamaika-Koalition auch für diesen Fall eine sehr praktikable Regelung mit Click & Meet für den Einzelhandel vereinbart. Aber wir sollten versuchen, alles dafür zu tun, den Fall zu vermeiden, indem wir die jetzigen Regeln bestmöglich einhalten.

(Vereinzelter Beifall CDU - Zurufe SPD)

Von unser aller Verhalten wird der Verlauf der nächsten Monate entscheidend abhängen, bis die meisten Menschen in Deutschland hoffentlich geimpft sein werden und wir zu unserem normalen Leben zurückkehren können. Das ist die alles entscheidende Perspektive, und die dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Lasse Petersdotter.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! Es wäre schon seltsam gewesen, wenn man die MPK gestern mit schnellen und konsequenten sowie allgemein von allen gleichermaßen mitgetragenen Ergebnissen zum Abschluss gebracht hätte. Stattdessen hat man inzwischen eine gewisse Routine bei diesen Sitzungen. Ich glaube allerdings, das eine oder andere individuelle Verhalten, was dort zutage getreten ist, dass man sich untereinander beschimpft, sollte man nachlassen. Das steigert zumindest nicht die Glaubwürdigkeit des Gremiums und vor allen Dingen auch nicht die Glaubwürdigkeit einiger der Beschlüsse, die dort gefasst werden.

(Beifall Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Christopher Vogt [FDP])

Aber man hat eine gewisse Routine in diesen Sitzungen erreicht. Diese Routine ist uns bei der Pandemie allerdings bisher noch nicht gelungen. Selten war die Einschätzung der aktuellen Lage so schwierig wie derzeit. Selten war so offensichtlich, dass wir in eine neue Phase gehen, die auf der einen Seite Hoffnung bringt, auf der anderen Seite aber auch große Risiken birgt. Wir pendeln die ganze Zeit in einem kleinen Kreis rund um die 50er-Inzidenz, einer Inzidenzzahl, die wie kaum eine andere mit Hoffnungen und Befürchtungen verbunden ist. Genau das macht die Unsicherheit in dieser Zeit ganz grundsätzlich aus. Auf der einen Seite werden große Forderungen für sich selbst aufgestellt, auf der anderen Seite wird aber sehr vielen auch sehr viel Zurückhaltung abverlangt. Das ist in der aktuellen Situation eine der Ursachen dafür, warum es so viele Spannungen gibt.

Wir müssen immer wieder daran erinnern, wie sich die 50er-Inzidenz als Richtwert etabliert hat. Es ging immer darum, dass die Gesundheitsämter die Infektionsketten nachvollziehen können. Mittlerweile sind wir bei der Infektionskettennachverfolgung besser geworden. Apps wie die Luca-App und die Corona-App haben die Situation gegenüber der Situation noch vor einem Jahr verbessert. Das Ziel bleibt aber trotzdem, die Gesundheitsämter, die seit einem Jahr eine extrem harte und sehr verantwortungsbewusste Arbeit leisten, in den Stand zu versetzen, die Infektionsketten auch so gut wie möglich nachvollziehen zu können. Deshalb bleibt unser Auftrag heute wie am allerersten Tag der Pandemie: Flatten the curve, so gut wie irgend möglich!

(Lasse Petersdotter)

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Genau für dieses Ziel müssen wir alle unseren Beitrag leisten - auch meine Fraktionschefin Eka von Kalben, die sich gerade in Quarantäne befindet und natürlich verantwortungsbewusst Kontakt zu niemandem hat. Deshalb halte ich hier heute diese Rede. Ich möchte sie ausdrücklich von hier grüßen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD, FDP und SSW)

Die Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz hat gestern etwas vorgelegt, was seit Monaten gefordert wird. Interessant ist, dass dieser Punkt so gut wie gar nicht erwähnt wird. Sie hat einen Stufenplan vorgelegt. Wir wollten immer eine Perspektive durch die Konferenz haben, an der man sich bundesweit zumindest orientieren kann, die einen groben Ausblick darauf gibt, wie die nächsten Wochen und Monate aussehen könnten. Genau das leistet die Ministerpräsidentinnen- und -präsidentenkonferenz mit dem vorgelegten Papier von gestern Abend durchaus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und FDP)

Natürlich gibt es trotzdem Kritik an diesen Perspektiven und an der vor allen Dingen nach meiner Auffassung nach nicht ausreichenden Stärke der Bewertungsparameter. In unserem eigenen Perspektivplan haben wir den dynamischen Faktor, im RKI-Stufenplan gibt es ein Toolkit, das zur Verfügung gestellt wurde, mit weiteren Faktoren, wie man die aktuelle Lage der Pandemie bemisst.

Jetzt gerade geht man wieder vom 50er-Wert aus. Vorher ging man vom 35er-Wert aus. Das gibt eine Orientierung. Am Ende ist die Zahl aber wahrscheinlich nicht das Entscheidende, sondern die Parameter, die sich darum herum entwickeln: Wie sieht es mit Cluster-Ausbrüchen aus? Wie sieht die Auslastung der Intensivstationen aus? Wo liegt eigentlich gerade die Impfquote, und wo liegt die Testquote? Das sind Parameter, die sind zur Bewertung der Pandemie essenziell, finden aber in dem Beschluss der MPK ein zu geringes Gewicht.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Christian Dirschauer [SSW])

Was sehr positiv zu bewerten ist, ist die Notbremse, ein neues Instrument, das dazu in der Lage sein soll, das exponentielle Wachstum zu bremsen. Ob das gelingt, kann gerade niemand sicher sagen. Aber die Strategie dahinter ist konsequent, und

auch die Logik dahinter ist durchaus schlüssig. Ich meine, es ist offensichtlich, dass wir, wenn sich die Werte verdoppeln, ein exponentielles Wachstum vorliegen haben, und dass wir dann zwischengrätchen müssen, um rechtzeitig zu reagieren. Nichtsdestotrotz muss diese Notbremse immer wieder überprüft werden, sie muss sprichwörtlich regelmäßig zum TÜV.

Daran kann man kritisieren, dass das ein Hin und Her bedeutet. Aber nach einem Jahr Pandemie haben wir doch bitte sehr alle gelernt, dass es ohne ein Hin und Her an vielen Stellen nicht gehen wird. Wir wünschen uns Kontinuität, wir wünschen uns Planbarkeit. Diese Pandemie ist das aber nicht, sie ist nicht kontinuierlich - wie auch immer das Nominativ dazu ist -, sie ist vor allen Dingen nicht planbar. Insofern ist es nur nachvollziehbar, dass das Hin und Her nur dann verhindert werden kann, wenn man kein „Hin“ macht, dann muss man auch nicht wieder „Her“. Das ist schlüssig. Insofern kann man das „Hin“ dann immer wieder kritisieren. All diejenigen, die aber irgendwo hin wollen, werden sagen: Lasst es uns zumindest probieren, auch wenn wir danach wieder Einschränkungen beschließen müssen! - Insofern ist dieses Argument ein Stück weit wohlfeil, auch wenn ich die Argumentation, die dieses Hin und Her mit sich bringt, durchaus nachvollziehen kann.

Ein Ausweg daraus kann eine veränderte Teststrategie sein. Ich glaube, da ist gestern eine ganze Menge erreicht worden. Wir haben jetzt geänderte Testverfahren, und wir haben vor allen Dingen - das ist der eigentliche Gamechanger - Selbsttests, die auch massentauglich sind, die wir womöglich auch innerhalb der nächsten Tage in den herkömmlichen Geschäften sehen werden. Genau dann muss auch der Staat sie zur Verfügung haben und so schnell wie möglich verwenden können.

Da macht es mich ehrlicherweise etwas unsicher, wenn Frau Merkel für so eine Taskforce, die dafür eingerichtet wird, ausgerechnet - wenn man sich das verrückte Kabinett, das Angela Merkel so vor sich hat, anschaut - Jens Spahn und Andreas Scheuer beauftragt hat.

(Beifall und Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und SSW)

Ich hätte da wirklich Vorschläge für andere Personen gehabt. Die Leute müssen ja nicht einmal Mitglied des Kabinetts sein. Das ist auf jeden Fall eine spezielle Auswahl. Wir werden da alle sehr genau hingucken, und vielleicht wird es dann ja anders.

(Zurufe SPD, FDP und SSW)

(Lasse Petersdotter)

Letztendlich ist es aber so, dass die Teststrategie angepasst werden muss. Die Personen, die die Verantwortung für die Teststrategie haben, werden sich erklären müssen. In diesem Fall werden es dann Spahn und Scheuer sein. Sie haben darin ja eine gewisse Übung.

Dazu, wie man die Teststrategie anpassen kann, gibt es wahnsinnig viele Vorschläge. Meine Kollegin Marret Bohn hat einige davon öffentlich und nicht öffentlich unterbreitet. Wir sollten darauf achten, dass wir so schnell wie möglich so viel wie möglich testen, und zwar so angenehm wie irgend möglich. Natürlich ist ein Stab in der Nase nicht angenehm - Corona ist schlimmer. Natürlich ist es besser, wenn man einfach nur in einen Becher spucken muss. Sobald das geht, müssen wir das flächendeckend anbieten und zur Verfügung stellen.

Es ist auch richtig, dass wir unsere Maßnahmen in einem norddeutschen Verbund und einer norddeutschen Logik treffen. Das bedeutet eben auch, dass wir in Regionen denken - und zwar nicht nur beim Infektionsgeschehen, sondern auch bei der Kommunikation in Regionen denken -, unsere Maßnahmen in Regionen erklären, weil oft auch die Ursache für die Maßnahmen in den Regionen liegt. Dabei spielt natürlich das Dauerthema Impfen eine ganz, ganz große Rolle.

Natürlich kann man beim Impfen immer wieder wahnsinnig viel kritisieren: Es ging zu langsam, es ging zu schnell, dann hat man keinen Termin bekommen. - Ich kann ganz viel nachvollziehen. Es hat ganz viel Potenzial zur Frustration. Es hat aber auch viel Potenzial, eine Projektionsfläche zu sein.

Ich möchte ausdrücklich sagen, dass die Arbeit, die die Menschen in den Impfteams gerade leisten, die sie in den Impfzentren gerade leisten, die sie in den Altenpflegeeinrichtungen in den letzten Monaten geleistet haben - mir wurde beschrieben, wie flexibel dort gearbeitet wurde, wie sehr man sich auf die Bedürfnisse der Einrichtungen eingestellt hat -, eine herausragende Leistung ist und einen großen Anteil daran hat, wie wir zurzeit mit der Pandemie überhaupt noch zurechtkommen können. In diesem Sinne: Vielen, vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU, SPD und SSW)

Insofern ist es nur gut und richtig, dass die Impfzentren in der Lage sind, sieben Tage und im Schichtdienst zu arbeiten. Wir werden außerdem - das ist ein sinnvoller Schritt - die Zeit zwischen der ersten und der zweiten Impfung länger nutzen und die bestehenden Möglichkeiten und Zeiträume, bei-

spielsweise beim Impfstoff von AstraZeneca von zwölf Wochen, ausschöpfen. Das kann bei der Frage, wie viele Menschen wie schnell geimpft werden, einen essenziellen Unterschied machen.

Einen ganz großen Unterschied wird es machen, wenn auch die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte einbezogen werden und Impfungen durchführen können. Sie sind in der Fläche aktiv. Sie sind diejenigen, die auch außerhalb der Pandemie in der Fläche immer wieder zeigen, dass es ein funktionierendes Gesundheitssystem gibt. Das tun sie mit viel Aufopferung. Marret Bohn betont immer wieder - auch außerhalb der Pandemie -, was jedes Mal geleistet wird. Die Leute sind bereit, in dieser Pandemie Verantwortung zu übernehmen und ihre Expertise einzubringen. Deswegen ist es gut, dass auf diese Menschen zugegangen wird, sie in die Impfstrategie einbezogen werden. Das sollte so früh wie irgend möglich umgesetzt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Denny Bornhöft [FDP])

All das schafft Hoffnung. Das ist auch gut so. Trotzdem müssen wir vorsichtig sein.

Das ist auch richtig mit dem Blick auf Ostern und etwaige Osterferien. Die Osterferien machen Hoffnung. Ich kann das total gut verstehen. Wir alle blicken dorthin und fragen uns: Wie werden die Osterferien aussehen?

Es ist auch richtig, jetzt keine Entscheidungen zu treffen, weder etwas auszuschließen noch etwas zuzusagen, wie die Osterferien aussehen werden - ebenso wenig, wie das Osterfest aussehen wird. Es ist nicht entscheidend, wie das Osterfest in seiner Relevanz zu bewerten ist. Wir haben an den Weihnachtstagen gemerkt, dass das nicht der ausschlaggebende Punkt sein sollte. Das Entscheidende ist das Infektionsgeschehen. Wenn das Infektionsgeschehen ein größeres Fest zulässt - okay. Wenn das Infektionsgeschehen Tourismus über Ostern zulässt - okay. Wenn das nicht der Fall ist, dann eben nicht. Einige Menschen würden lieber drei Wochen Geld verdienen können als drei Stunden lang Eier zu suchen.

Es ist richtig, was der Ministerpräsident gesagt hat: Wir sollten jetzt nicht ausschließen, dass zu Ostern Ferien, Urlaube und Reisen möglich sind. Wir können es jetzt aber auch nicht zusagen. Wir werden das alles Ende März entscheiden. Entscheidend wird das Infektionsgeschehen dann sein und nicht heute.

(Lasse Petersdotter)

Es gibt Parameter, die das Infektionsgeschehen verbessern können. Das Wetter wird zum Beispiel besser. Das ist etwas, was man so vor sich hersagt. Es macht aber einen Unterschied. Wenn sich Menschen wieder mehr draußen aufhalten, geht auch das Infektionsgeschehen zurück. Die Infektionsgefahr besteht draußen einfach sehr viel weniger. Wir betonen das immer wieder. Meine Kollegin Marret hat das am letzten Freitag betont. Wir brauchen eine klare und deutliche Differenzierung zwischen drinnen und draußen.

Das ist so wahnsinnig einfach zu kommunizieren. Ich weiß noch, dass in der letzten Debatte gefragt wurde: Wann ist denn draußen? - Draußen ist, wenn Wind ist. - Meine Güte! Dann ist die Infektionsgefahr auch deutlich geringer. Das ist unkompliziert und durchführbar.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zum Schluss möchte ich auf eine Debatte zu sprechen kommen, die hier noch keine Rolle gespielt hat, die aber im Laufe des gestrigen Tages eine große Rolle gespielt hat und die auch in den letzten Wochen immer wieder einmal hochkam. Zu Beginn der Woche habe ich ein Gespräch mit den islamischen Hochschulgruppen aus Hamburg und Schleswig-Holstein geführt. Es ging um die Frage, wie sie zurzeit mit Corona umgehen und um Verschwörungstheorien. Viele, obwohl das gar nicht Thema war, haben mir beschrieben, dass es immer mehr rassistische Übergriffe gibt.

Zurzeit haben wir eine Situation, in der viele Menschen am Limit sind, in der es Frustration und Perspektivlosigkeit gibt. Diese Frustration bricht sich oft Bahn in rassistischen Äußerungen und rassistischen Debatten. Die Diskussion, die gestern über die „Bild“-Zeitung über angebliche Parallelgesellschaften - die am Ende des Tages Muslime gemeint hat -, über eine beinharte Sozialarbeit, die angeblich in den Moscheen durchzuführen sei, geführt wurde, hat mich sehr, sehr geärgert. Dass sich führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die ich in anderen Fachbereichen des RKI durchaus schätze, an solchen Debatten, wenn auch nur inoffiziell, beteiligen, ist eine ernsthafte Gefahr.

Wir müssen darauf achten, was die Ursache für eine besondere Anfälligkeit und eine besondere Schutzbedürftigkeit einiger Menschen in dieser Pandemie ist. Das sind prekäre Lebensverhältnisse, das sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Viele Menschen mit Migrationshintergrund leben eben in prekären Verhältnissen. Das hat viele Ursachen. Diese

Ursachen kann man erforschen. Es ist ganz, ganz wichtig, das zu tun. In den USA tut man das beispielsweise sehr ausführlich. In Großbritannien macht man das auch. In Großbritannien hat man festgestellt, dass bei einem gleichen Infektionsgeschehen Schwarze viermal häufiger sterben als Weiße, Pakistanis dreimal häufiger.

Woran liegt das eigentlich? - Das sind Debatten, die wir in Deutschland bislang noch gar nicht geführt haben, aber dringend führen sollten, die in anderen Ländern eine große Rolle spielen. Das hat damit zu tun, wie viele Menschen mit Migrationshintergrund in den gerade systemrelevanten Jobs arbeiten, wie überproportional sie gerade im Gesundheitssystem vertreten sind. Deshalb müssen wir sehr genau darauf achten, wie sich solche Diskussionen entwickeln.

Es ist brandgefährlich, in einer Pandemie die Schuld einer religiösen Minderheit zuzuschieben. Genau deswegen braucht es frühzeitig und schon jetzt ein deutliches Stoppsignal.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW, Wolfgang Baasch [SPD] und Özlem Ünsal [SPD])

Lassen Sie mich mit der wichtigen Erkenntnis abschließen: Es sind vor allen Dingen Menschen mit Migrationshintergrund und in prekären Verhältnissen, die die Pakete liefern, die die Krankenhäuser reinigen, die die Menschen pflegen, die Häuser bauen, die die Schweinehälften zerteilen und die die Impfstoffe entwickeln. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, SSW und vereinzelt CDU)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die FDP-Fraktion hat deren Fraktionsvorsitzender, der Abgeordnete Christopher Vogt.

Christopher Vogt [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke unserem Ministerpräsidenten für seinen Bericht. Es stimmt, die Lage bleibt insgesamt schwierig. Mit Blick auf die kommenden Wochen will ich mit dem anfangen, mit dem der Ministerpräsident geschlossen hat: Jede und jeder trägt in der Pandemie mehr denn je Verantwortung für unsere Gesellschaft. Die Rückkehr zur Eigenverantwortung ist richtig. Gerade in den nächsten Wochen werden wir zeigen müssen, dass wir verantwortlich handeln, die Freiheiten angemessen nutzen und uns insofern Schritt für Schritt aus der

(Christopher Vogt)

Krise herauskämpfen. Jede und jeder trägt Verantwortung. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, über den wir gerade heute sprechen sollten.

Die Impfquoten bei den älteren Menschen geben uns Anlass zur Hoffnung. Die angekündigten Impflieferungen, auch wenn sie aus meiner Sicht höher sein müssten, geben ebenso Anlass zur Hoffnung. Es ist eine wirklich gute Nachricht, dass jetzt immerhin Konsens ist, dass es zu diesem Zeitpunkt Entlastung in verschiedenen Bereichen des öffentlichen Lebens geben muss.

Ich finde es faszinierend und begeisternd zugleich, wer jetzt plötzlich alles Stufenpläne gut findet und unterstützt. Das ist in der Politik immer wunderbar zu beobachten. Auf Bundesebene sind im Moment vor allen Dingen diejenigen am lautesten, die Stufenpläne vor zwei Wochen noch strikt abgelehnt und verpöht haben. Das finde ich ganz bemerkenswert. Das hat mich gestern Abend wirklich begeistert.

(Beifall FDP und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir alle, vor allem die von den Maßnahmen besonders betroffenen Menschen, brauchen dringend realistische, verantwortbare und faire Perspektiven. Ich bin sehr froh, Daniel Günther, dass sich unser Einsatz zumindest teilweise gelohnt hat. Ich bin an einigen Stellen extrem positiv überrascht worden, auch im Laufe des gestrigen Tages. Entscheidend sind jetzt das Impfen, das Testen und die Digitalisierung der Kontaktnachverfolgung. Das alles muss dringend weiter ausgeweitet werden.

(Beifall FDP, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen jetzt beim Gesundheitsschutz schrittweise von Verboten zu differenzierten und intelligenten Lösungen übergehen und dabei die Studienlage - die mittlerweile zum Glück ganz gut ist, was bis vor einigen Wochen noch anders war - und auch die Expertenhinweise, die wir in Schleswig-Holstein bekommen haben und die sich teilweise recht deutlich von dem unterscheiden, was auf Bundesebene veröffentlicht wird, entsprechend beachten.

Man will die Erfolge natürlich nicht verspielen. Man muss auch sehen, dass eine dritte Welle offenbar bereits Anlauf nimmt. Diese muss man trotz vorsichtiger Öffnungsschritte bestmöglich kontrollieren, was wirklich eine große Herausforderung sein wird. Aber die abnehmende Akzeptanz verschiedener Maßnahmen muss man eben auch berücksichtigen. Ein Lockdown, bei dem immer weni-

ger Menschen mitmachen, funktioniert schlichtweg nicht mehr. Auch das ist eine Erkenntnis aus den letzten Wochen. Aus dem sogenannten Wellenbrecher scheint mir bei nicht wenigen politischen Beteiligten scheinbar ein neuer Normalzustand geworden zu sein, aus dem man sich nicht mehr so recht herauswagen mag.

Klar ist: Das Management muss an vielen Stellen besser werden. Wir brauchen mehr Impfstoffe, und zwar schnell. Wir brauchen deutlich mehr Tests. Wir brauchen mehr Digitalisierung an verschiedenen Stellen. Wir brauchen schnelle Hilfen, und das will ich an dieser Stelle auch deutlich sagen: Wir müssen unsinnige Maßnahmen und Übertreibungen vermeiden. Damit meine ich zum Beispiel Zollstöcke in Parks, Verweilverbote an Flussufern,

(Beifall FDP)

Einreiseverbote in Bundesländer oder auch Masken beim Joggen oder Spaziergehen. Auch die Experten sagen: Man kann, wenn man an jemandem vorbeijoggt, in dieser kurzen Zeit, niemanden anstecken. Insofern müssen diese Dinge abgestellt werden, denn aus meiner Sicht beschädigt wirklich nichts aus den vergangenen Tagen und Wochen die Akzeptanz der Bevölkerung mehr als solche Übertreibungen und schwachsinnigen Maßnahmen.

(Beifall FDP, Dr. Frank Brodehl [fraktionslos] und Jörg Nobis [AfD])

Deswegen brauchen wir jetzt ein kluges und abgewogenes schrittweises Vorgehen. Ein Hin und Her müssen wir möglichst vermeiden.

Ganz wichtig bleibt der Schutz der Älteren. Ich will das an dieser Stelle auch einmal sagen: Wir hatten vor noch gar nicht langer Zeit unter den über 80-Jährigen eine Inzidenz von über 300. Jetzt ist sie bei 60 angekommen. Das heißt, sie liegt mittlerweile unter dem Durchschnitt der Bevölkerung, was eine extrem gute Nachricht ist und sehr viel bei der Pandemiebekämpfung verändert. Wir hatten vor Kurzem in Deutschland eine Übersterblichkeit. Momentan, so sagt das Statistische Bundesamt, haben wir eine Untersterblichkeit.

(Beifall Werner Kalinka [CDU])

Ich will jetzt nicht sagen, wir müssen zum Durchschnitt zurückkommen. Das ist nicht der Punkt. Aber entscheidend ist: Wir haben natürlich auch Grippewellen vermieden, und der Schutz der Älteren funktioniert deutlich besser, als das vor wenigen Monaten der Fall war. Das ist die große gute Nachricht, über die man an dieser Stelle vielleicht ein bisschen mehr sprechen sollte.

(Christopher Vogt)

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Man könnte sehr viel zum Zustandekommen, zur Systematik und auch zur Logik des Beschlusses von gestern sagen. Ich würde das Ergebnis als Licht und Schatten zusammenfassen wollen. Und das ist in der Tat mehr, als ich gestern Morgen erwartet hatte, Daniel Günther, als wir uns die verschiedenen Vorlagen gemeinsam angeguckt und darüber gesprochen haben. Man kann am heutigen Tag sagen: Es gibt jetzt für viele Menschen mehr Hoffnung. Es gibt aber auch weiterhin für nicht wenige Menschen Frustmomente, und auch damit müssen wir offen umgehen.

(vereinzelter Beifall FDP)

Ich möchte mit dem Licht anfangen. Es war eine ganz wichtige Forderung von uns, dass der Wert 50 das neue 35 wird. Letztes Mal war es anders herum. Das hat aus meiner Sicht für sehr viel Unverständnis gesorgt. Auch jetzt stand die 35 sozusagen als Schwellenwert im Zusammenhang mit den Öffnungen drin. Der Wert 50 aus dem Infektionsschutzgesetz stand im gestrigen Entwurf gar nicht mehr drin, was ich wirklich bemerkenswert finde. Es ist eine große Leistung, dass man das an der Stelle geändert hat, und das ist gerade für ein Land wie Schleswig-Holstein momentan besonders relevant. Ich bin nicht gerade verschwenderisch beim Loben, aber, lieber Daniel Günther, Ihnen gelten der Dank und die Anerkennung meiner Fraktion für diesen harten Einsatz und den Kampf gestern. Beides war wirklich notwendig, aber zum Glück erfolgreich.

(Beifall FDP und CDU)

Ich glaube, ganz besonders wichtig sind für alle Menschen die neuen Kontaktregelungen, nämlich fünf Personen aus zwei Haushalten. Kinder bis 14 Jahre sind weiterhin ausgenommen, was in Schleswig-Holstein bereits der Fall war. Auch dass Paare als ein Haushalt gewertet werden, ist für viele Menschen deutlich näher an der Lebensrealität als das, was bisher galt. Das ist also ein großer Fortschritt, und ich glaube, das ist ein verantwortbarer und dringend notwendiger Schritt.

Es wurde schon zu den Schulen in Schleswig-Holstein gesagt: Wechselunterricht von der 7. bis zur 13. Klassenstufe ab dem 15. März. Auch das ist ein ganz wichtiger Schritt für die Kinder und Jugendlichen.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Etwas hat mich besonders gefreut, und das hätten wir kaum erwartet. Wir haben in den letzten Wochen viel über das Differenzieren zwischen drinnen

und draußen gesprochen. Das macht mit Blick auf die Infektionsrisiken einen gewaltigen Unterschied. 10 Erwachsene und bis zu 20 Kinder beim Sport im Freien - auch das ist ganz wichtig und ein großer Schritt. Jörg Hansen war ganz begeistert, Daniel Günther.

(Beifall FDP)

Das ist für das Innenleben meiner Fraktion ganz wichtig.

Auch in Bezug auf den Einzelhandel gibt es eine große Erleichterung, vor allem für viele kleine Läden, deren Fortbestehen aktuell massiv bedroht ist. Herr Dr. Stegner, stellen Sie sich vor: Viele kleine Läden schreiben nicht nur Ihnen, viele kleine Gewerbetreibende kennen auch andere politische Kräfte als die SPD. Ich glaube, sie schreiben uns allen. Die sagen uns sehr deutlich, dass sie quasi am Ende sind oder in den nächsten Wochen nicht mehr könnten. Ein Großteil des Einzelhandels ist sowieso offen, aber die gänzliche Öffnung des Einzelhandels ab dem 8. März 2021 in Schleswig-Holstein ist eine wirklich gute Nachricht.

Das RKI hat in seiner Toolbox, einer Studie, die es veröffentlicht hat, deutlich gemacht, dass die Risiken im Einzelhandel mit klugen Konzepten sehr überschaubar sind. Auch das muss beachtet werden. Ich hoffe, dass wir mit unserer verantwortbaren Lösung, die wir gefunden haben, viele Insolvenzen abwenden können.

(Beifall FDP, SSW, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ähnliches gilt für den Dienstleistungsbereich, der noch geschlossen war, wie Kosmetikstudios, Sonnenstudios und so weiter. Auch von denen haben wir in den letzten Wochen viel Post und viel Ansprache bekommen. Auch hier sind viele Situationen schwierig, weil die Hilfen noch nicht da sind.

Meine Damen und Herren, auch im Bereich der Krankenhausfinanzierung gibt es zumindest ein positives Signal. Daniel Günther hat es beschrieben. Es ist ein positives Signal, aber auch hier muss schnell von Bundesseite aus nachgearbeitet werden, damit unsere Krankenhäuser in Schleswig-Holstein nicht in finanzielle Schieflage geraten. Das wäre eine Katastrophe in dieser Situation.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Perspektive für die Außengastronomie ist auch eine gute Nachricht. Dort braucht man in der Tat praktikable Lösungen.

(Christopher Vogt)

Zur Schattenseite möchte ich auch einige Punkte ansprechen, die, so glaube ich, heute zur Debatte dazugehören. Das, was wir gestern mit den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz gesehen haben, ist natürlich noch kein echter Perspektivplan. Das gilt besonders für die Gastronomie. Viele Gastronomen haben einfach keine Außenflächen, auch das muss man sehen. Für die Veranstaltungsbranche gilt das sowieso, aber auch für den Tourismus. Ich muss sagen: Immerhin ist das ein kleiner Fortschritt im Vergleich zum Entwurf. Hier war an der Stelle immer von Brachen die Rede, jetzt ist von Branchen die Rede. Das ist schon einmal ein positives Signal. Ich weiß nicht, ob das ein freudscher Versprecher war. Mich hat ein bisschen irritiert, dass das in mehreren Entwürfen stand. Aber man muss sagen: Das wurde bis mindestens zum 22. März 2021 vertagt.

Ein Problem bleibt aus unserer Sicht die Diskrepanz bei der Bundesregierung zwischen den Erwartungen an die Bürgerinnen und Bürger auf der einen und der eigenen Leistung an verschiedenen Stellen auf der anderen Seite. Damit meine ich die Impfstoffbeschaffung, die Teststrategie und auch das Thema Einreisen. Wir haben ja Quarantäneverordnungen, aber ich muss ganz ehrlich sagen: Wenn Menschen aus Risikogebieten am Frankfurter Flughafen einreisen und nicht getestet werden, dann halte ich das für ein Problem. Ich finde, das sollte man organisieren, sodass diese Menschen einreisen können - gerade aus den Ländern, in denen gefährliche Virusvarianten besonders stark verbreitet sind.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und natürlich war und ist die Geschwindigkeit bei den Wirtschaftshilfen ein großes Problem. Die Länder arbeiten das jetzt ab, und ich freue mich, dass ich von mehreren Unternehmern, mit denen ich Kontakt habe, die Rückmeldung bekomme: Wir haben jetzt das Geld bekommen und sind sehr erleichtert, weil das wirklich langsam eng wurde.

Meine Damen und Herren, etwas bewegt mich ein bisschen, und ich glaube, darüber muss man in den nächsten Wochen noch sprechen. Das ist die sehr scharfe Inzidenzorientierung, die aus meiner Sicht zu undifferenziert ist.

(Beifall FDP)

In unserem Perspektivplan Schleswig-Holstein haben wir auch andere Faktoren eingerechnet. Ich glaube, man muss auch andere Dinge berücksichtigen. Man muss bei den Inzidenzwerten auch Cluster berücksichtigen, die gerade in kleineren Bundes-

ländern ganz erhebliche Auswirkungen haben können. Spannend ist natürlich die Frage, welche Altersgruppen besonders betroffen sind. Wenn wir jetzt deutlich mehr Tests machen, dann wird die Inzidenz zumindest kurzfristig deutlich steigen. Auch das muss man - ehrlich gesagt - doch einrechnen. Das kann man an der Stelle nicht außer Acht lassen.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Frank Brodehl [fraktionslos])

Ich bin auch bei den jetzigen Schwellenwerten im Infektionsschutzgesetz skeptisch. Man hat nicht ohne Grund den relativ wichtigen Schwellenwert der Inzidenz von 100 in den MPK-Beschluss geschrieben. Aber im Infektionsschutzgesetz steht er in der Form nicht drin. Da ist von 35 und 50 die Rede. Ich habe jüngst vernommen, dass in der Großen Koalition auf Bundesebene über eine Reform des Infektionsschutzgesetzes diskutiert wird. Das halte ich für überfällig; denn es ist ein Stück weit aus der Zeit gefallen. Lasse Petersdotter hat es auch schon angesprochen. Der NDR hat kürzlich darüber berichtet, wie es in den Gesundheitsämtern aussieht. Diese haben natürlich mehr Personal, eine bessere IT und mehr Erfahrung als vor der Pandemie. Die Nachverfolgung ist ihnen jetzt auch bei anderen Inzidenzen möglich. Die Inzidenz von 50, die immer als Argument angeführt wurde, hat sich insoweit ein Stück weit erledigt. Das muss man offen ansprechen. Deshalb muss das Infektionsschutzgesetz an den Impffortschritt und generell an die neue Situation angepasst werden.

(Beifall FDP)

Was das Impfen angeht, so bleibt es dabei: Wir müssen alles in Bewegung setzen, um zeitnah mehr produzieren zu können. Mittlerweile gibt es Kooperationen zwischen großen Herstellern, die für andere produzieren. Wenn wir in die USA, nach Großbritannien und nach Israel schauen, dann sehen wir, was möglich ist. Wenn die USA bis Mai alle Erwachsenen durchgeimpft haben - dieses Ziel ist dort ausgegeben worden -, dann wird das auch für uns Bedeutung haben. Wohl jeder kann sich vorstellen, dass es auf der Welt massive wirtschaftliche Verschiebungen geben wird, wenn die USA bis Sommer, zumindest im Großen und Ganzen, mit der Geschichte durch sein werden. Deshalb müssen wir auf dem Gebiet des Impfens nacharbeiten.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schleswig-Holstein steht im Vergleich zum Glück gut da. Ich finde es richtig, die Haus- und die Be-

(Christopher Vogt)

triebsärzte in die Impfkampagne einzubinden. Ich muss aber hinzufügen, dass der Bund immer eine starre Impfzentrenstruktur haben wollte. Es ist wichtig, dass wir jetzt mehr Impfzentren haben und mehr Impfstoff verimpfen können.

Ich will auch sagen, dass der Impfstoff von Astra-Zeneca deutlich besser ist als sein Ruf. Ich ärgere mich wirklich darüber, was einige öffentliche Äußerungen dazu bewirkt haben. Es gab ja eh große Verunsicherung mit Blick auf die verschiedenen Impfstoffe. Dieser Impfstoff ist wirklich deutlich besser als sein Ruf; er ist sehr wirksam. Insofern müssen wir dafür werben, dass die Menschen auch diesen Impfstoff in Anspruch nehmen.

(Beifall FDP und SSW)

Mit dem Impfstoff von Johnson & Johnson kommt hoffentlich bald ein weiterer hinzu. Alles muss schnell gehen, und es darf nichts weggeschmissen werden. Davon liest man leider immer wieder. Es ist wohl das Krankeste, was man sich momentan vorstellen kann, dass Impfstoff weggeschmissen werden muss, weil es keine Menschen gibt, denen man ihn noch verimpfen kann.

Auch das Testen ist ein großes Feld, das uns in den nächsten Wochen massiv beschäftigen wird. Zunächst war von Jens Spahn als Termin der 1. März 2021 angekündigt wurden. Dann hieß es, Andi Scheuer solle eine Taskforce gründen. Lasse Petersdotter hat alles dazu gesagt; ich erspare mir an dieser Stelle alle schlechten Witze dazu.

(Beifall FDP und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Als ich das gestern auf Twitter las, dachte ich zunächst, das sei ein Scherz. Aber die Hoffnung stirbt zuletzt; wir werden uns das angucken.

Gewundert habe ich mich darüber, dass Jens Spahn heute im Bundestag erklärt hat, es sei ja nie geplant gewesen, dass der Bund irgendetwas beschaffe; das sei immer Aufgabe von Ländern und Kommunen gewesen. Ich glaube, nicht nur ich habe das bisher anders verstanden.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hoffe, dass das kein Ausblick auf die „erfolgreiche“ Arbeit dieser Taskforce war. Wenn die nichts beschaffen wollen, dann frage ich mich, was die machen wollen. Aber gut, das werden wir sehen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Kaffee trinken!)

Mein Freund und Kollege Lasse Petersdotter hat es anscheinend nicht mitbekommen, aber auch hier gilt: Wie beim Thema Masken so regelt es auch beim Thema Testen der Markt.

(Beifall FDP)

Für jeden Freund des Marketings war es schön zu hören, dass ein großer, berühmter, weltweit vertretener deutscher Discounter während der MPK angekündigt hat, ab Samstag werde es in allen seinen Filialen Schnelltests geben. Das war schon eine bemerkenswerte Marketingaktion. Dessen ungeachtet ist es wichtig, dass es solche Angebote gibt, natürlich nicht nur von diesem Discounter, sondern auch von den Konkurrenten; ich will jetzt nicht alle Namen nennen. Es ist wichtig, dass wir uns entsprechend versorgen können.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dennoch bleibt es dabei, dass wir Testzentren für alle Bürgerinnen und Bürger, vor allem für das Personal von Kitas und Schulen, aber auch für das Personal von Unternehmen, aufbauen müssen.

Meine Damen und Herren, es ist auch wichtig, dass man jetzt bei der digitalen Kontaktnachverfolgung richtig vorankommt. Lasse Petersdotter, auch dafür gilt: Der Markt hat verschiedene Apps hervorgebracht, und der Staat hat - in Kooperation mit der Telekom und mit SAP - einen Beitrag geleistet.

(Zuruf Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, aber die Telekom ist eigentlich ein Staatsunternehmen. Ich will das Engagement gar nicht schlechtmachen, aber doch auf die Erfahrungen mit der Corona-Warn-App hinweisen. Ich erinnere mich noch an die Pressekonferenz, als sie vorgestellt wurde. Damals hieß es, diese App sei der Rockstar unter den Apps und werde alles verändern. Wir sehen: Die Corona-Warn-App war bisher leider nicht wirklich hilfreich. Im Grunde war sie - das sage ich angesichts der Kosten und der Ankündigungen - ein Flop. Deshalb müssen jetzt andere Apps genutzt werden. Diese eröffnen große Chancen für die Gastronomie, den Tourismus und den Kulturbereich. Sie bewirken auch eine große Entlastung der Gesundheitsämter.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man liest ja viel in diesen Zeiten. Herr Dr. Stegner, heute Morgen habe ich gelesen, dass Olaf Scholz „Luca“ oder vergleichbare Apps aufkaufen wolle.

(Christopher Vogt)

Wenn uns die letzten Monate eines gezeigt haben, dann das: Bitte die Finger davonlassen! Keine Verstaatlichung dessen, was ausnahmsweise einmal funktioniert!

(Beifall FDP)

Mir wird angst und bange, wenn ich so etwas lese.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, ich will noch etwas zu den Schulen sagen; auch dazu liegen Anträge vor. Wir sind uns sicherlich über Folgendes einig: Kinder und Jugendliche sowie deren Eltern tragen die Hauptlast dieser Pandemie und die Hauptlast des Lockdowns. Die Folgen der Kita- und Schulschließungen werden dauerhaft das größte Problem unter den Nebenwirkungen des Lockdowns sein; die Folgen werden wir noch lange spüren. Die Lerndefizite müssen jedenfalls aufgeholt werden. Was das angeht, so müssen wir über verschiedene Maßnahmen sprechen. Eine Möglichkeit sind Ferienangebote. Auch das wird ein Thema sein, und zwar nicht nur für die nächsten Ferien, sondern vielleicht sogar für die nächsten Jahre.

Wir müssen zu weiteren Fortschritten bei der Digitalisierung im Bereich der Bildung kommen; diese muss besonders stark vorangetrieben werden. Wir werden noch eine Weile mit Wechselunterricht arbeiten müssen; aber selbst dieser ist in vielen Altersstufen besser als Distanzunterricht.

(Beifall FDP)

Es wird auch um Personal gehen. Wir wissen es aus den Debatten über die Lehramtsausbildung, Jette Waldinger-Thiering: Wir können uns Lehrer nicht einfach schnitzen, sondern werden im Zweifel auch auf Quereinsteiger zurückgreifen müssen. Wir brauchen Personal; denn Unterrichtsausfall können wir uns nun wirklich nicht mehr leisten.

(Beifall FDP, SSW und Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Herr Dr. Stegner, auch mit Blick auf die wirtschaftlichen Aspekte finde ich das Agieren von Olaf Scholz bemerkenswert; denn er hat gestern offenbar dem Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie gedroht, es werde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden, wenn es bis Freitag keine Selbstverpflichtung der Unternehmen für zwei Tests pro Woche gebe. Dazu muss ich deutlich sagen: Gerade beim Thema Teststrategie sollte die Bundesregierung erst einmal liefern, bevor sie anderen Menschen droht.

(Beifall FDP und Lars Harms [SSW])

So wichtig es ist, dass auch in den Unternehmen mehr getestet wird, so bleibt es doch dabei, dass auch die Bundesregierung ihren Beitrag leisten muss.

Zum Tourismus wurde schon viel Richtiges gesagt. Ich finde es bemerkenswert, dass sich die SPD zum Osterurlaub so geäußert hat, wie sie sich geäußert hat. Es ist doch nicht nur schön, dass man in Urlaub fahren kann, Herr Dr. Stegner. Hinzu kommt, dass in kaum einer anderen Branche in Schleswig-Holstein so viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt sind.

(Beifall FDP und CDU)

Dass die SPD sich so äußert, wundert mich sehr.

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Ja, ich habe ihn ja provoziert.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das gelingt Ihnen nicht immer, Herr Kollege. - Ich will ausdrücklich sagen, dass auch wir uns das wünschen. Auf die Bedeutung dieser Branche für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer habe ich hingewiesen. Kritisiert habe ich den Ministerpräsidenten. Lesen Sie doch einmal den Wortlaut des Beschlusses nach; dann erkennen Sie, wozu auch er sich - ohne Protokollerklärung! - verpflichtet hat. Die Bürgerinnen und Bürger werden aufgefordert, jedwede Form privaten Reisens zu unterlassen, wenn es möglich ist. Die Verordnung zum Homeoffice läuft sogar bis zum 30. April 2021. Angesichts dessen passt es nicht, wenn hier im Plenum die Hoffnung geäußert wird, ab dem 1. April könne Schleswig-Holstein das Ziel von Osterurlaubern aus dem gesamten Bundesgebiet sein. Wir wünschen uns das; aber mit dem Beschluss passt das nicht zusammen. Glaubwürdig ist man in Bezug auf das, was man unterschreibt; das ist doch wohl das Minimum, das man erwarten kann.

Erlauben Sie mir eine zweite Bemerkung: Sie haben recht, wenn Sie sagen, die Bundesregierung - Klammer auf: der Herr Bundesgesundheitsminister; Klammer zu - solle ihre Verantwortung in Bezug auf die Tests wahrnehmen; insofern bin ich bei Ihnen. Ich habe nur moniert, dass man, wenn es um Arbeit-

(Christopher Vogt)

nehmerinnen und Arbeitnehmern geht, Verordnungen erlässt, das heißt, sie zu bestimmten Dingen zwingt, während man es hinsichtlich der Unternehmen bei Appellen belässt. Das finde ich nicht gleichwertig.

- Herr Dr. Stegner, wir haben hier verschiedene Rollen, aber ich sage aus voller Überzeugung - ich bin heute, wie gesagt, mit dem Loben etwas großzügiger als sonst -: Auch an dieser Stelle hat unser Ministerpräsident für erhebliche Änderungen der Vorlage gesorgt. Wenn Sie lesen, was in den ersten Entwürfen stand, dann wissen Sie, dass der Osterurlaub quasi ausgeschlossen war. Das ist er jetzt nicht mehr, was gerade aus schleswig-holsteinischer Sicht einen großen Fortschritt darstellt.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen auch das deutlich sagen: Die Innengastronomie ist das eine. Auch über die Hotels müssen wir sprechen. Beide sind übrigens von ihrem Gefahrenpotenzial her in der entsprechenden RKI-Studie sehr niedrig eingestuft. Ich nenne auch die Ferienwohnungen. Wir werden - hoffentlich - in den nächsten Wochen für alle Bürgerinnen und Bürger kostenlose, kurzfristig erreichbare Testmöglichkeiten haben. Angesichts dessen verstehe ich nicht, warum junge Familien nach entsprechendem Test nicht in Ferienwohnungen an die Nordsee oder die Ostsee fahren sollen. Das stellt kein größeres Risiko dar, als wenn Sie zu Hause bleiben.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will aber noch etwas sagen, Herr Dr. Stegner. Ich hatte ja bereits die mangelnden Testmöglichkeiten an den internationalen Flughäfen, in Frankfurt und an den anderen, angesprochen, auch die unterschiedlichen Quarantäne-Anordnungen, je nach Einstufung der Länder. Aber wenn ich mitkriege, dass Menschen auf die Malediven fliegen und wir in einigen Wochen nicht in Ferienwohnungen nach Föhr dürfen, dann geht das in meinem Kopf nicht mehr logisch zusammen. Deswegen müssen wir daran arbeiten.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Herr Abgeordneter Vogt, gestatten Sie - -

Christopher Vogt [FDP]:

Ich bin noch nicht fertig, Herr Präsident. Ich möchte noch einen Satz hinzufügen.

Herr Dr. Stegner, ich habe das wirklich ernst gemeint. Der Tourismussektor ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Schleswig-Holsteins mit einer sechsstelligen Zahl an Beschäftigten. Die sind alle in Kurzarbeit. Auch diese Menschen brauchen eine Perspektive. Das, was möglich ist, muss möglich gemacht werden.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Zusammenhang, den Sie jetzt erneut mit dem Homeoffice aufgemacht haben, verstehe ich nicht. Denn wenn Homeoffice möglich ist, sollten wir alle das mindestens bis Ende April 2021 auch tun - selbstverständlich. Aber das ermöglicht doch Dinge; das ist kein Widerspruch, sondern ist die Voraussetzung dafür, dass das funktioniert. Warum Sie da einen Widerspruch sehen, verstehe ich überhaupt nicht. Ich würde auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Stelle nicht gegeneinander ausspielen wollen.

(Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Ich entnehme Ihrem deutlichen Signal, dass Sie jetzt mit Ihrer Antwort fertig sind. Gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Dr. Stegner?

Christopher Vogt [FDP]:

Gern, ich lasse sie zu.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich stimme Ihnen ausdrücklich bei dem zu, Herr Kollege Vogt, was Sie zu den Malediven und zu den anderen Punkten gesagt haben. Ich habe auch keinerlei Widerspruch zu dem gesehen, was Sie zur Tourismusbranche gesagt haben. Wir sind nämlich diejenigen, die sich für Tourismus in vielerlei Hinsicht eingesetzt haben.

(Lachen FDP und CDU)

Ich sage nur: Wenn der Ministerpräsident so ein toller Hecht ist, wie ihn der Kollege Koch beschrieben hat, warum hat er dann eigentlich nicht bei dem Punkt, bei dem es darum ging, dazu aufzufordern, private Reisen zu unterlassen, eine Protokollerklärung des Landes Schleswig-Holstein abgegeben, zum Bei-

(Christopher Vogt)

spiel gemeinsam mit den norddeutschen Nachbarn, in der er gesagt hätte: Wir wünschen uns aber, dass es zum Beispiel möglich ist, mit Tests, mit Dokumentation, mit Hygienekonzepten Urlaub in der Ferienwohnung an der Nordsee machen zu können?

(Zuruf FDP: Hat er doch gesagt!)

- Dergleichen lese ich aber nicht. Wissen Sie, was nämlich die Konsequenz ist? - Die Konsequenz wird sein

(Unruhe bei FDP)

- bleiben Sie doch geduldig -, dass entweder die Zahlen wieder hochgehen und der Ministerpräsident auf der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz mit Bedauern feststellen muss, dass das leider nicht geht, oder er aber den Leuten, denen er Hoffnung gemacht hat, erklären muss, warum das nicht funktioniert, weil es nämlich ein Widerspruch zu dem ist, was er vereinbart hat. Das ist das, was dabei herauskommt.

- Nein, Herr Dr. Stegner, Sie enttäuschen mich heute wirklich.

(Beifall FDP und CDU)

Sie verteilen hier ja immer gern Haltungsnoten, was das vermeintliche intellektuelle Niveau von Kolleginnen und Kollegen angeht. Aber hier muss ich ganz ehrlich sagen: Da haben Sie irgendetwas nicht verstanden. Deshalb will ich versuchen, Ihnen das noch einmal zu erklären.

In diesem Beschluss steht - verändert gegenüber den vorherigen Entwürfen -, dass man in den nächsten Wochen Reisen nach Möglichkeit unterlassen und sehr vorsichtig bleiben soll. Dadurch ist aber nicht ausgeschlossen, dass man Osterurlaub ermöglicht.

Insoweit sage ich aber auch, dass dabei einige Voraussetzungen zu erfüllen sind: Wie ist die Entwicklung in den nächsten Wochen? Wir werden bis dahin eine höhere Impfquote haben. Wenn die Risiken insgesamt noch weiter runtergehen und wenn alles so gut läuft, wie wir uns das vorstellen, dann wird man sich in zwei oder drei Wochen die Lage noch einmal angucken und dann wird man neu bewerten. Die Widersprüche, die Sie hier künstlich hochziehen versuchen, etwa beim Homeoffice und bei den Reisen in den nächsten Wochen, bestehen einfach nicht. Vielmehr ist das die Voraussetzung dafür, dass wir das hinbekommen.

(Beifall FDP, CDU und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aber es ist schön, dass wir das klären konnten.

Herr Dr. Stegner, Sie haben auch heute wieder eine sehr umfangreiche norddeutsche Abstimmung bei den verschiedenen Maßnahmen eingefordert. Ich unterstütze das im Grundsatz, muss aber auch deutlich sagen: Es liegt im Wesentlichen nicht an uns, wenn das scheitert, sondern es liegt an den norddeutschen Ministerpräsidenten anderer Bundesländer, die ein SPD-Parteibuch haben. Insoweit bitte ich doch, die parteiinterne Ansprache noch ein wenig zu verstärken.

(Beifall FDP und CDU)

Zur Ministerpräsidentenkonferenz, die ich bekanntermaßen skeptisch verfolge, will ich aber noch Folgendes sagen: Wir haben jetzt einen brauchbaren Orientierungsrahmen, zumindest für das Regelwerk in Schleswig-Holstein für die nächsten Wochen. Lasse Petersdotter hat von Routine gesprochen. Wir haben gestern wieder interessiert „Bild online“ verfolgt. Anders als der Herr Ministerpräsident konnte ich auch das Spiel von Holstein Kiel verfolgen. - Herzlichen Glückwunsch an der Stelle zum Einzug ins Halbfinale.

(Beifall FDP, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ich muss aber auch sagen, dass ich die Vorbereitung und die Durchführung der Ministerpräsidentenkonferenzen in Teilen wirklich problematisch finde. Wie ernsthaft diese Konferenzen vorbereitet werden, konnte man zum Teil an einem bestimmten Entwurf sehen, in dem, glaube ich, vorgestern etwas von Material-Arts drinstand, über Käfigkämpfe, die da hineingelangt sind, und so ist das dann verschickt worden. Da muss ich ganz ehrlich sagen: Etwas mehr professionelle Vorbereitung würde auch der Akzeptanz dienen. Das war wirklich skurril.

Ganz besonders schädlich fand ich die Geschichten zwischen Herrn Söder und Herrn Scholz gestern. Die Ministerpräsidentenkonferenzen sind in dieser Phase ein wichtiges Abstimmungsgremium. Das kann man zwar unterschiedlich bewerten, aber die Lage ist viel zu ernst für solche Kaspereien im Vorwahlkampf, meine Damen und Herren. So etwas sollte man in Zukunft unterlassen.

(Beifall FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Christopher Vogt)

Deshalb sollte man bei zukünftigen Ministerpräsidentenkonferenzen besser einen sinnvollen Rahmen vereinbaren; den Rest machen dann die Länder. Wir brauchen an der Stelle wieder regionale Differenzierungen.

Weil Föderalismus und Marktwirtschaft sehr oft kritisiert werden, will ich noch Folgendes sagen: Wettbewerb an den richtigen Stellen - das sehen wir doch jetzt immer wieder, Woche für Woche - hilft und ist viel besser als ihr Ruf. Insofern muss ich ganz ehrlich sagen, dass sich der Föderalismus an vielen Stellen, an denen man ihn zugelassen hat, bewährt hat. Das gilt auch für die Marktwirtschaft. - Lasse Petersdotter nickt. Wahrscheinlich meint er das Erste. Aber ich nehme das gern so mit, Herr Kollege Petersdotter.

Zum Abschluss: Wir haben als Koalition wirklich gute Regelungen für Schleswig-Holstein getroffen, auch unter hohem Zeitdruck. Wir müssen vorsichtig bleiben, aber stärker differenzieren und das Leben und Wirtschaften stärker ermöglichen.

Die Pandemie müssen wir Schritt für Schritt bekämpfen und ihr die Kraft und den Schrecken nehmen. Die Rückkehr zur Freiheit ist in den kommenden Monaten das große Ziel.

Wir müssen auch die Spaltung der Gesellschaft verhindern, meine Damen und Herren. Wir müssen in den nächsten Wochen und Monaten eher dafür sorgen, bessere Maßnahmen zu ergreifen, damit wir vielleicht auch in einigen Jahren mit ein bisschen Stolz auf die Pandemiebekämpfung zurückblicken können.

Wir müssen vor allem an die Menschen denken, die besonders gefordert sind. Das sind Menschen wie Klinikpersonal oder Menschen, die im Einzelhandel arbeiten; das sind aber auch viele Ehrenamtler. Auch diese Menschen müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten weiterhin sehr konsequent unterstützen. Bleiben Sie gesund! - Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall FDP, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Klaus Schlie:

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man das, was gestern beschlossen wurde, kurz zusammenfassen wollte, könnte man

sagen, dass die neue 50 die 35 ist und die ehemalige 35 nicht mehr zählt. Das ist ganz gut so. Wir können also jetzt sagen: Die 35 ist tot, und die 50 lebt, hurra! Das ist alles wunderbar.

Das entspricht ja auch den Vorschlägen, die unsere Experten gemacht haben. Ich glaube, das ist immer ganz wichtig. Wir reden ja hier immer ein bisschen hart politisch über dieses Thema. Aber die Frage ist doch: Wie bewerten wir die Entscheidung, die gestern getroffen worden ist, vor dem Hintergrund dessen, was wir von unseren Experten gehört haben? Insofern muss ich ganz ehrlich sagen, meine Damen und Herren: Da ist schon viel von dem drin, was uns die Experten geraten haben. Deswegen begrüßen wir diesen Schritt auch.

Ein Punkt, bei dem auch wir etwas Bauchschmerzen haben, ist der, dass dieses Modell - das liegt wahrscheinlich daran, dass es dann einfacher zu verstehen ist - rein an der Inzidenz orientiert ist. Ich finde, wenn man das wirklich so durchziehen würde, dann ist das ein Problem.

(Beifall SSW und Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man aber sagt, das ist die allgemeine Grundlage, und natürlich sind wir in der Lage, davon abzuweichen - das wäre mein Vorschlag, wie man es verstehen sollte -, dann, glaube ich, wird man es gut hinbekommen.

Für mich gibt es zwei Punkte, die entscheidend sind.

Erstens. Es gibt nun einmal unterschiedliche Situationen: Beispielsweise wäre dann, wenn man relativ hohe Inzidenzen hat, wenn man schwerkranke Menschen im Krankenhaus hat, die auf der Intensivstation liegen, wenn alles überlastet ist, die Zahlen danach aber sinken - aus welchem Grund auch immer -, dies trotzdem Grund genug, darauf zu achten, dass die Menschen nicht zu viele Freiheiten bekommen und wir dadurch das Gesundheitssystem vor Ort gefährden. Das wäre eine Variante.

Die andere Variante ist natürlich: Wenn wir jetzt tatsächlich testen, testen, testen, dann wird es natürlich auch höhere Inzidenzen geben.

Also muss man eigentlich, wenn man merkt, dass die Inzidenzen aus diesem Grunde steigen, irgendwann zu dem Schluss kommen: Wir müssen einen anderen Wert nehmen, nämlich im Prinzip die Inzidenzen zu den Testungsfällen in Bezug setzen. - Den Mut müssen wir möglicherweise in den nächsten Wochen haben. Wenn wir merken, dass die Inzidenzen zwar auf 60 steigen, das aber damit zu tun

(Lars Harms)

hat, dass wir so viel getestet haben, müssen wir es den Leuten neu erklären, können aber gewährte Freiheiten möglicherweise bestehen lassen, weil sich an der Situation inhaltlich gar nicht so viel geändert hat.

(Beifall SSW)

Trotzdem finden wir dieses Modell gut. Es ist einfacher, als es sich liest. Wenn man diese wunderbaren SharePics hat, ist auch für einen Normalbürger leichter zu verstehen, was da passiert.

Für uns war es in der letzten Woche ganz wichtig - das haben wir auch gesagt -, ein Modell zu haben, bei dem diese Schritte dargestellt werden. Wir möchten gern - auch das war ein Wunsch -, dass das in Stufen passiert, also nicht alles sofort in irgendeiner Form nach dem Prinzip freigegeben wird: freie Bahn mit Marzipan! Es kann alles passieren. - Vielmehr sollte man so verfahren, sich einen Bereich, beispielsweise jetzt den Einzelhandel, daraufhin anzugucken, wie die Öffnung wirkt, und dann kann man wieder reagieren. Läuft es gut, öffnet man den nächsten Bereich und guckt wieder, ob man reagieren muss oder nicht. Gäbe es zu viele Öffnungen - es gibt viele, die sich mehr Öffnungen wünschen -, hätte man das Problem, dass man das nicht mehr ursächlich zurückverfolgen kann. Auch vor dem Hintergrund ist das Modell also ein gutes.

Uns freut besonders, dass der Einzelhandel wieder geöffnet wird. Ich habe es schon letztes Mal gesagt: Es geht nicht darum, irgendwie anonym für die Wirtschaft etwas Tolles zu machen - das wollen wir natürlich auch. Es geht vor allem darum, dass die Beschäftigten wieder eine Perspektive haben, dass der normale Mensch auf der Straße wieder eine Perspektive hat, aus der Kurzarbeit herauszukommen oder vielleicht in Zukunft nicht mehr von Arbeitslosigkeit bedroht zu sein. Es geht darum, Menschen von der Sorge zu befreien, dass der Betrieb möglicherweise nicht mehr so gut arbeiten kann mit der Folge, dass er entweder in die Insolvenz gehen muss oder nicht mehr so gute Löhne bezahlen kann wie in der Vergangenheit. Das sind die Ängste, die die Leute heute umtreiben. Deswegen ist es richtig, dass wir Stück für Stück Bereiche aufmachen.

Dazu zählt irgendwann einmal auch der Bereich der Gastronomie. Ich bin froh, dass es zumindest eine theoretische Perspektive gibt, dass da nach dem 22. März 2021 etwas passieren kann. Allerdings - wenn ich mir eine Kritik erlauben darf - erscheint es mir gefährlicher, dass im fünften Öffnungsschritt Freizeitveranstaltungen im Außenbereich mit 50 Teilnehmenden erlaubt werden, als dass eine Fami-

lie aus Bottrop-Süd, wie ich letztes Mal sagte, hierherkommt, mit einem Test eincheckt und eine Ferienwohnung bewohnt. Da ist die Gefahr meiner Meinung nach geringer. Vielleicht muss man das am 22. März 2021 noch einmal in die Diskussion einbringen.

Trotzdem ist der Plan gut. Er ist vor allen Dingen deshalb gut, weil ein ganz großer Wunsch, den ich persönlich, aber auch im Namen des SSW hier vorgetragen habe, erfüllt wird, nämlich dass wir wieder Sport zulassen. Das hat wirklich eine riesige und wichtige soziale Funktion. Natürlich macht das den Menschen auch Spaß, und Sport ist gesund. Dass junge und auch ältere Menschen wieder rauskommen und etwas anderes tun können, als zu Hause darauf zu warten, dass es irgendwann einmal wieder besser wird, ist wirklich etwas Grandioses und ganz Wichtiges. Dass wir diese Öffnung so früh bekommen, ist richtig klasse.

(Beifall SSW, vereinzelt CDU und Beifall
Dennys Bornhöft [FDP])

Ich möchte im Hinblick auf den 22. März 2021, wenn Sie, Herr Ministerpräsident, sich wieder mit den anderen Ministerpräsidenten und der Kanzlerin treffen, eine Anregung machen. Falls wir aufgrund der Tatsache, dass die Infektionszahlen noch so gering sind und es vielleicht zulässig ist, die Gastronomie und auch die Hotellerie beziehungsweise den Bereich Ferienwohnungen richtig öffnen, dann ist für uns ganz wichtig - das wird wahrscheinlich schon in der nächsten Zeit eine Rolle spielen, weil der Einzelhandel offen ist -, darauf zu drängen, dass eine Besucherlenkung stattfindet, das heißt, dass sich nicht alles am Strand tummelt.

Ich verstehe schon, dass man keine Lust hat, den Leuten vorzuschreiben, wo sie sich aufzuhalten haben. Ich bekomme jedoch Rückmeldungen - das geht wahrscheinlich auch vielen anderen so -, wonach man vor Ort die große Sorge hat, dass sich Hotspots dadurch ergeben, dass sehr viele Menschen an attraktiven Orten wieder zusammenkommen. Das sollte man mithilfe des kommunalen Ordnungsdienstes oder von Beamten unserer Landespolizei ein bisschen entzerren. Damit meine ich kein knallhartes Vorgehen - die sollen nicht mit einem Streifenwagen durch den Park fahren und einen Jugendlichen verfolgen; das meine ich nicht -, aber man sollte versuchen, die Leute davon zu überzeugen, dass sie ein bisschen Abstand halten, wenn wir den Tourismus zulassen. Das ist ganz wichtig, damit es mit dem Tourismus richtig gut klappen kann.

(Lars Harms)

Meine Damen und Herren, worüber wir bisher nicht eingehend geredet haben, ist die Öffnung der Schulen und Kitas. Das haben wir jetzt erst einmal so hingegenommen. Ich finde schon, es ist richtig, dass das schrittweise mehr werden soll; denn die Normalität ist für Jugendliche ganz wichtig.

(Beifall SSW und FDP)

Das beziehe ich nicht nur auf den Bildungsbereich, sondern auch darauf, dass Jugendliche ein normales Leben führen, ich sage einmal salopp, wieder klar kommen können. Das ist ganz wichtig. Es ist in dem Zusammenhang natürlich auch wichtig, dass wir, solange wir keine Impfkapazitäten haben, die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schülerinnen und Schüler testen, aber im Übrigen auch die Kita-Kinder. Ich weiß, sie sind klein, und man denkt immer: „Das geht alles nicht so gut mit dem Testen in der Nase“, - aber es geht, es funktioniert. Wahrscheinlich wird es sogar einige Kita-Kinder geben, die Spaß daran haben. Es ist wichtig, wenn wir Tests machen, dass wir das auch in dem Bereich machen.

Im Hinblick auf die Lehrerinnen und Lehrer und das Kita-Personal, das sich ab dem 9. März 2021 zur Testung anmelden kann, weil sie zur zweiten Impfgruppe gehören, sofern sie in Sonderschulen, Förderzentren und Grundschulen tätig sind, muss schnell gearbeitet werden. Sie müssen schnell einen Termin kriegen; denn das ist wirklich ein Bereich, in dem relativ viele Menschen zusammenkommen. Zwar haben wir bisher die Erkenntnis, dass das Infektionsgeschehen dort vermutlich nicht so stark ist, aber sicher kann man sich nicht sein. Wir machen das alles zum ersten Mal. Vor dem Hintergrund wäre mir wohler, wenn diese Menschen ihre Impfung relativ schnell bekommen könnten.

Dafür ist es natürlich notwendig, dass die Anmeldung gut funktioniert. Es geht dabei auch um die Telefon- beziehungsweise Internetkapazitäten. Da hören wir manchmal schräge Dinge; ich will aber niemandem etwas vorwerfen. Ich kann mir gut vorstellen, wenn es Montag losgeht und alle Lehrerinnen und Lehrer sowie alle Kindergärtnerinnen und Kindergärtner geimpft werden dürfen, dass dann alle sofort sagen: Endlich kann ich, jetzt lege ich los. - Im Hinblick darauf, dass die Gruppe derjenigen, die zur zweiten Impfgruppe gehören, noch ein bisschen größer ist, müssen wir da möglicherweise Stück für Stück nachsteuern.

Ganz wichtig ist für uns in dem Bereich auch Folgendes - das ist ein zweiter Vorschlag, den wir gerne machen würden -: Wenn die Schulen jetzt weiter öffnen, also möglicherweise nächste Woche die 5.

und 6. Klassen, in den nächsten Wochen irgendwann auch die 7. und 8. Klassen und vielleicht auch noch die 11. und 12. Klassen drankommen - die anderen sind möglicherweise schon da -, dann

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Dann sind Ferien!)

wird es für eine Gruppe relativ schwierig, auf die ich gern aufmerksam machen möchte. Diese gehört nach unserer Auffassung auch in die zweite Prioritätengruppe mit hinein. Das sind nämlich diejenigen, die die Schulbusse fahren.

Wir sagen: Lehrer müssen wir schützen, weil sie mit sehr vielen Kindern in einem Klassenzimmer zusammensitzen. - Ich will einmal darauf hinweisen: Ein Bus ist 2,5 m breit und 12 m lang. Er hat also 30 m², und außer dem Busfahrer befinden sich, wenn alles gutgeht, bis zu 85 Schülerinnen und Schüler im Bus. Das sind drei Personen pro Quadratmeter; das ist also schon eine enge Kiste. Dem Einzelhandel sagen wir, bei ein bis zwei Personen pro 20 m² lassen wir es zu, dass ihr die Bude offen habt, während im Bus 60 Personen auf 20 m² sind. Das mag illustrieren, wie schwierig das für die Busfahrerinnen und Busfahrer ist. Sie haben nur eine Maske auf und im Rücken eine Plastikscheibe; mehr ist da nicht. Die Gruppe ist von der Anzahl her auch nicht so groß. Vor dem Hintergrund, glaube ich: Wenn wir die Schulen weiter öffnen, sollten wir die Busfahrerinnen und Busfahrer in die zweite Prioritätengruppe aufnehmen.

Meine Damen und Herren, was müssen wir bei den Öffnungen eigentlich noch grundsätzlich beachten? - Da geht es zum einen, wenn wir über das Impfen reden - das tun wir ja immer wieder, wir haben alle die Hoffnung, dass alles gut wird -, darum, dass es in der Tat in Ordnung ist, wenn wir denjenigen, die geimpft sind, ihre Grundrechte zurückgeben. Das muss eine Grundvoraussetzung sein; es ist gar keine Frage.

Ich bitte aber inständig zu berücksichtigen - das habe ich beim letzten, vorletzten und vorvorletzten Mal auch schon getan; das ständige Wiederholen ist ein pädagogisches Prinzip, das ich mir von Anke Spoorendonk abgeguckt habe -: Es ist auch wichtig, dass diejenigen ihre Grundrechte wahrnehmen können, die sich an alle Regeln halten - die vorher negativ getestet worden sind, eine Maske tragen, Abstände einhalten und all die Regeln, die wir für bestimmte Dinge vorschreiben. Dann sollen auch diese Personen beispielsweise in der Außengastronomie sitzen dürfen oder in irgendeiner Art und Weise eine Reise machen dürfen. Das ist mir ganz wich-

(Lars Harms)

tig. Es darf nicht dazu kommen, dass man nur dann, wenn man einen Impfausweis hat, ein ordentlicher Mensch ist und alle anderen außen vor sind. Diese Spaltung der Gesellschaft sollten wir nicht erzeugen. Ich glaube, dass es auch nicht rechtens wäre, dass Leute nur mit Impfung alle Rechte haben und sie für alle anderen eingeschränkt werden.

Grundlage für den gesamten Öffnungsplan ist, dass wir eine vernünftige Nachverfolgungs-App oder Check-in-App haben. Ohne dass wir bei einer größeren Öffnung - die irgendwann ansteht, wenn es um mehr als nur den Einzelhandel geht - wirklich auch eine richtige, gute Nachverfolgung machen können, die automatisiert ist, werden wir möglicherweise scheitern, wenn die Inzidenzen wieder steigen. Deswegen ist es ganz wichtig, jetzt schon daran zu arbeiten. Es gibt ja diese Apps, es wurde schon genannt: die Luca-App. Es gibt auch andere Apps, die man nutzen kann. Wichtig ist nur, dass sowohl die Gesundheitsämter diese App nutzen können, also anschlussfähig sind, als auch, dass die Unternehmen die Technik haben und die Apps anwenden lassen können.

Es freut mich, dass wir heute - nicht alle, aber zumindest diejenigen, die im Finanzausschuss saßen - zwei wichtige Entscheidungen getroffen haben. Wir haben heute zwei Dinge beschlossen: erstens das Programm FreiSH. Dort wird es unter anderem möglich sein, dass Unternehmen sich für diese Technik bezuschussen lassen können; dort können sie Anträge stellen, und dort stehen Gelder bereit, damit die Gesundheitsämter an solche Apps angeschlossen werden können. So ist dann der Link in sich geschlossen: Wir haben die App, wir haben die Möglichkeit der Unternehmen, diese zu nutzen, und wir haben die Gesundheitsämter, die sie nutzen können. - Dieses Programm umfasst 8 Millionen € Ich kann sowohl die kommunale Ebene als auch die Unternehmer nur auffordern, das möglichst schnell zu beantragen, damit wir auf der sicheren Seite sind.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Ein zweiter Punkt - auch da ist Geld bereitgestellt worden, auch das ist ganz wichtig -: Diese Apps laufen auf Handys, aber nicht jeder hat einen Handyvertrag, der unbegrenzt mobiles Internet zulässt. Es gibt auch die sogenannten Prepaidverträge, das heißt, dass man nicht überall ins Internet, sondern nur telefonieren kann. Das ist wiederum ein Problem, will man diese Apps nutzen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass es überall WLAN gibt.

Ich freue mich wie Bolle, dass ein Antrag, den wir hier schon vor langer Zeit gestellt hatten, jetzt dazu führt, dass wir 5 Millionen € zur Verfügung gestellt haben, um kostenloses, freies WLAN so flächendeckend wie möglich in Schleswig-Holstein zu ermöglichen, sodass sich die Leute dann zumindest in den größeren Orten, hoffentlich bald auch in jedem kleineren Ort, mit Prepaidhandys ins Internet einloggen und damit eine solche App nutzen können.

Das sind zwei richtig gute und kluge Entscheidungen, die uns auch von anderen Bundesländern unterscheiden, die noch nicht so weit sind. Ich finde, das ist aller Ehren wert; das haben wir alle gut hingekriegt.

(Beifall SSW)

Wenn wir so weit sind, dass wir unseren Plan haben und die Apps funktionieren, geht es, um die Pandemie richtig bekämpfen zu können, nur noch darum, dass wir natürlich auch Studien dazu durchführen, wo die Leute sich anstecken. Wenn wir ehrlich sind, fehlt uns das noch völlig. Wir schwimmen immer noch so ein bisschen im Nebel.

(Claus Schaffer [AfD]: Das sehen die Gesundheitsämter vielleicht anders!)

Deswegen ist es wichtig, die App-Daten zu nutzen. Es ist aber auch wichtig, die Rückverfolgungsdaten, die wir jetzt schon haben, irgendwie aufzubereiten, um zu gucken: Wo sind denn nun wirklich die großen Ansteckungsbereiche? - Wir wissen es teilweise. Dass private Zusammenkünfte eine Rolle spielen, ist klar. Aber im institutionellen Bereich - beim Sport, in der Kultur, beim Einkaufen, in der Gastronomie - wissen wir noch nicht richtig, wie hoch dort an welcher Stelle das Risiko ist. Auch daran müssen wir uns machen. Damit dürfen wir nicht warten, bis die Pandemie zu Ende ist, sondern müssen wahrscheinlich schon jetzt ran, weil es nicht auszuschließen ist, dass wir im kommenden Herbst irgendetwas haben, das uns dann belastet. Dann sind solche Erkenntnisse natürlich sehr wichtig - wohlwissend, dass es schwierig ist, neben der Arbeit in den Gesundheitsämtern auch so etwas noch zu leisten. Ich glaube trotzdem, dass es dringend notwendig ist.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich nun, bevor ich zum Ende komme, noch auf unseren Antrag eingehen, den wir gemeinsam mit der SPD gestellt haben. Da geht es um die Schulen. Es geht um mehr, als wir in der Vergangenheit immer beschlossen haben. Alles, was beschlossen wurde, ist gut: dass wir mehr Lehrer einstellen wollen, wenn es irgendwie geht - so viele haben wir nicht, die wir ein-

(Lars Harms)

stellen können, so viele gibt es gar nicht -, dass wir in den Schulen Infrastruktur bereitstellen wollen, damit das Lernen dort erleichtert wird. Hygienekonzepte werden unterstützt und so weiter. - Das ist alles gut und richtig.

Nach unserer Auffassung fehlt aber noch etwas, nämlich, dass wir die Wissenslücken schließen, die sich nun ergeben haben und unzweifelhaft bestehen. Wir haben teilweise richtige Notsituationen, weniger in den allgemeinbildenden Schulen, sondern eher in den beruflichen Schulen, wo der Unterricht so gut wie gar nicht stattgefunden hat. Es geht jetzt aber natürlich darum, die beruflichen Abschlüsse zu erlangen. Da fängt man schon ein bisschen an zu schwimmen. Das ist kein Vorwurf; es liegt einfach an der Pandemie. Die Schulen waren nun einmal teilweise dicht.

Wir müssen deswegen sehen, wie wir es hinkriegen, diese jungen Menschen individuell über das hinaus zu fördern, was wir ohnehin tun. Lehrer sind da; wir haben alle Lehrer eingestellt, die wir irgendwie kriegen konnten.

Was können wir noch tun, um in dieser speziellen Situation denjenigen zu helfen, die trotzdem noch mehr Hilfe brauchen, weil sie einfach nicht genügend Schulstunden hatten, um ihren Lernstoff in irgendeiner Art und Weise aufnehmen zu können? - Da brauchen wir eine individuelle Förderung, ein Unterstützungspaket dergestalt, dass individuelle Nachhilfe einfach finanziert wird. Das kann sich sonst nicht jeder leisten. Es wird aber bei dem einen oder anderen Schüler oder der einen oder anderen Schülerin notwendig und wichtig sein. Es wird auch für uns als Gesellschaft wichtig sein, dass sie weiterkommen. Deswegen bringen wir die Idee der individuellen Nachhilfe ein.

Wir möchten gern zusätzliche Lernangebote anbieten. Die Idee hinter dem Lernsommer, der im letzten Jahr schon einmal lief und gewisse Anlaufschwierigkeiten hatte, ist gut. Nach einem Jahr Pandemie wird eine solche Veranstaltung mit Sicherheit noch besser wahrgenommen werden als in der Vergangenheit.

Die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer ist begrenzt auf all die, die wir ausgebildet haben. Irgendwann ist da zahlenmäßig der Ofen aus. Da kann man natürlich einmal gucken, ob man es nicht hinbekommen kann, VHS-Dozentinnen und -Dozenten zu nehmen, Lehramtsstudierende, die vielleicht im Studium schon etwas weitergekommen sind und etwas draufhaben, oder auch Lehrkräfte im Ruhestand, die noch Lust haben und sagen: Aufgrund

der Pandemie mache ich noch einmal ein oder zwei Jährchen. - Wenn wir die kriegen könnten und dafür Mittel zur Verfügung stellen, dass sie kommen - die kommen natürlich nicht alle umsonst -, wäre schon vieles erreicht.

Der zweite Punkt: Neben den Personen, die wir haben und unbedingt zusätzlich einstellen möchten, geht es auch darum, dass wir bei der Infrastruktur weiterarbeiten müssen. Bei unserem Portal its-learning und teilweise auch bei anderen Portalen, die wir nutzen, müssen wir gucken, ob es Bereiche oder andere Portale gibt, die man zuschalten kann - um einmal in Klade zu sprechen. sofatutor ist eines dieser privaten Portale, für die man bezahlen muss. Andere Bundesländer - zumindest Bremen - sagen: Das funktioniert bei ihnen ganz gut. Die Frage ist, ob man das nicht auch mit unseren Lernsystemen kompatibel machen kann. Ich weiß nicht, ob das technisch geht; da muss man schauen.

Dahinter steckt die Überlegung, ob bei Dingen, die gut laufen und privat organisiert sind und die dann von den Schülerinnen und Schülern beziehungsweise von ihren Eltern zugekauft werden müssen schauen, nicht wir das kaufen können - um es salopp zu sagen -, um es dann eben allen Schülerinnen und Schülern anzubieten.

Das steckt hinter unserem Antrag. Die Idee dahinter ist, über das hinauszugehen, was wir bisher gemacht haben. Das finden wir alles klasse; aber es gibt noch Bereiche, wo wir den Schülerinnen und Schülern, die es jetzt schwer haben, ganz schnell helfen können. Diese Hilfe wollen wir den Schülerinnen und Schülern gern gewähren.

(Beifall SSW und SPD)

Zu guter Letzt sage ich: Wir haben eigentlich eine tolle Perspektive. Das meine ich wirklich. Wir haben nämlich endlich eine Perspektive, weil man weiß, woran man ist, wenn man etwas tut oder auch nicht tut. Es geht jetzt darum durchzuhalten. Es geht vor allem darum, sich darüber im Klaren zu sein, dass wir immer noch in einer schwierigen Phase sind. Die Gefahr ist noch nicht gebannt. Nicht, dass der Eindruck entsteht: Jetzt wird gelockert, jetzt ist alles easy. - Es ist nicht easy, sondern die Lockerungen sind notwendig, sind richtig - nicht aus pandemischen, sondern aus ganz anderen Gründen.

Aus pandemischen Gründen müssen wir immer noch darauf achten, dass wir uns nicht gegenseitig anstecken. Deswegen kann ich uns allen hier, aber auch allen draußen nur vorschlagen: Passen Sie auf sich auf, stecken Sie sich nicht an, bleiben Sie ge-

(Lars Harms)

sund! - In dem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW und vereinzelt FDP)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für den Zusammenschluss der AfD hat der Abgeordnete Jörg Nobis das Wort.

Jörg Nobis [AfD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie setzen heute den Schlingerkurs der letzten Wochen fort. Die Ergebnisse Ihrer gestrigen Konferenz zeigen die Orientierungslosigkeit und die ganze Mutlosigkeit dieser Landesregierung. Kurz gesagt: Sie trippeln mit kleinen Trippelschritten dem unabhärbaren Ende dieses Endlos-Lockdowns entgegen.

Herr Günther, vor fünf Wochen haben Sie uns einen Perspektivplan vorgelegt, der sicherlich noch nicht das Gelbe vom Ei war, aber doch gewisse Perspektiven aufzeigte. Dann sind Sie leider in der Ministerpräsidentenkonferenz eingeknickt. Statt Maßnahmen zukünftig an einer Kombination aus Inzidenzwert und weiteren Faktoren auszurichten - Sie nannten das dynamischen Faktor -, was durchaus begrüßenswert wäre, geht es nun doch ausschließlich wieder um die Inzidenzzahlen: von 50 auf 35 und jetzt wieder auf 50. Noch letzten Freitag haben Sie hier die 35 vehement verteidigt, Herr Günther, und heute ist davon nichts mehr zu hören. Heute verteidigen Sie wieder die 50.

Sie unterwerfen sich weiterhin dem Diktat der Inzidenzwerte, und das, obwohl Sie es eigentlich besser wissen. Der dynamische Faktor ist dann wohl leider über Bord gegangen.

Österreich ist da schon weiter. Die Inzidenz allein ist zu wenig, sagte kürzlich Kanzler Kurz. Die Inzidenz kann nicht der einzige Wegweiser für den Pandemieverlauf sein.

Während für eine Reihe von Lebensbereichen und Branchen nunmehr zumindest leichte Öffnungsschritte vorgesehen sind, gibt es für das in diesem Land besonders wichtige Übernachtungsgewerbe, den Hotelbereich und weite Teile der Gastronomie weiterhin keine Perspektive. Erst am 22. März 2021 wollen Sie darüber sprechen - das, nachdem Sie die Menschen am 10. Februar auf den 3. März 2021 vertröstet haben. Jetzt geht es weiter: Vertröstung auf den 22. März 2021. Das muss doch einmal ein Ende haben!

Sie drücken sich vor dieser wichtigen Entscheidung. Wo bleibt die immer wieder versprochene Perspektive für die Gastronomie? Wo bleibt sie für den Hotelbereich? Mit dieser Verschiebung auf den 22. März 2021 stellen Sie das Ostergeschäft für die gesamte Tourismusbranche im Land infrage.

Auch in der Gastronomie bleibt es bei Placebomaßnahmen. Nach drei Wochen mit einer Inzidenz unter 50 darf die Außengastronomie öffnen. - „Na, herzlichen Glückwunsch!“, sage ich da. Bei einer Inzidenz zwischen 50 und 100 darf in der Außengastronomie zusammen Platz nehmen - jetzt kommt es -, wer nachweisen kann, in einem Haushalt zu wohnen oder wer einen tagesaktuellen negativen Schnelltest vorweisen kann. Um einmal den Unsinn dieses Vorgehens zu verdeutlichen: Zukünftig dürfen wieder fünf Personen aus zwei Haushalten zusammenkommen, im Privaten ebenso wie in der Öffentlichkeit. Sie dürfen zu Hause am Küchentisch Platz nehmen oder auf der heimischen Terrasse sitzen, sie dürfen in der Fußgängerzone flanieren - aber wehe, man will gemeinsam einen Kaffee an einem Außentisch in der Gastronomie zu sich nehmen! Dann brauchen Sie vielleicht einen Test, wenn die Inzidenz zwischen 50 und 100 liegt.

(Lars Harms [SSW]: Die Rede war schon geschrieben, nicht?)

Da kann man wirklich nur hoffen, dass wir zu einer besseren Lösung kommen. Das haben Sie in Aussicht gestellt. Ich kann wirklich nur hoffen, dass wir diesen Unsinn, diesen Irrsinn hier in Schleswig-Holstein nicht mitmachen werden.

Wir haben deshalb einen Antrag gestellt, der das sicherlich gravierendste Versäumnis der Regierung Günther heilt: Wir fordern die Landesregierung auf, zumindest ihre eigenen Vorschläge aus dem Perspektivplan auch für die Gastronomie und den Hotelbereich umzusetzen, und zwar umgehend, sofort.

Da heißt es in der Stufe II, wenn der Inzidenzwert „sieben Tage stabil unter 50“ liegt - ich zitiere mit der Erlaubnis der Präsidentin aus dem Perspektivplan der Landesregierung -:

„Ebenfalls mit Auflagen kann auch die Gastronomie wieder an den Start gehen. Erlaubt ist zunächst die Bewirtung von 50 Prozent der nach dem jeweiligen Hygienekonzept zulässigen Sitzplätze. Die Öffnungszeit ist noch von 5 bis 22 Uhr beschränkt.“

Nach insgesamt drei Wochen, also 21 Tagen, soll auch diese Beschränkung aufgehoben und die Ho-

(Jörg Nobis)

tellerie mit einem Testregime wieder geöffnet werden.

Herr Ministerpräsident, das ist Ihr eigener Plan, das ist der Plan von Jamaika. Genau das beantragen wir hier und heute: Eine Zustimmung zu Ihrem eigenen Plan Ihrer eigenen Regierung dürfte Ihnen doch nicht so schwerfallen, wer te Kollegen von der CDU, der FDP und den Grünen. Die Hotellerie und die Gastronomie müssen nämlich wissen, woran sie sind,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

- und zwar heute, Herr Vogt, und nicht erst am 22. März 2021 oder am Sankt-Nimmerleins-Tag.

Wir beantragen darüber hinaus, endlich auch das regionale Infektionsgeschehen zu berücksichtigen, und zwar nicht nur, wenn es um Einschränkungen geht, wie bisher - dann sind Sie immer schnell dabei, regional zu schauen, wo wir weiter einschränken können -, sondern auch bei den Öffnungen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Machen wir doch gerade!)

Haben Sie den Mut zu regionalen Unterschieden. Unterschiede im Infektionsgeschehen erfordern schon aus Gründen der Verhältnismäßigkeit ein regional differenziertes Vorgehen.

(Dennys Bornhöft [FDP]: Sie meinen lokal, oder was?)

Nach Ihren eigenen Kriterien und Vorschlägen müsste beispielsweise in Dithmarschen alles schon längst wieder geöffnet sein. Die Inzidenz liegt dort bei 14,3 - und das seit Tagen; vorher war sie noch einstellig.

Stimmen Sie unserem Antrag zu, der all Ihre Vorschläge und Kriterien aufgreift, und geben Sie allen Bürgerinnen und allen Bürgern und allen Branchen in Schleswig-Holstein eine wirkliche, eine echte Zukunftsperspektive. - Vielen Dank.

(Beifall Claus Schaffer [AfD])

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Frank Brodehl.

Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn bei der gestrigen Konferenz der Länderchefs eines deutlich geworden ist, dann dies: Die meisten Politiker haben offenbar die immensen Nebenwirkungen der Coronamaßnahmen aus den Augen verloren. Diese Nebenwirkungen treffen vor

allen Dingen Kinder und Jugendliche. Ihnen allen ist dies spätestens seit der Anhörung am 19. Februar 2021 bekannt.

Die einzig wirklich wirksame Therapie dagegen sind eine vollumfängliche Öffnung der Schulen, die Aufhebung von Kontaktverboten und die Öffnung von Sportvereinen und Jugendzentren - nicht irgendwann, sondern ab Montag, und zwar ohne jedes Inzidenzzahlenwirrwarr.

(Unruhe)

Wie unverhältnismäßig die gestern abermals verlängerten Grundrechtseinschränkungen sind, lässt sich leider gut an den Schulschließungen veranschaulichen. Nehmen wir einmal die Zahl der in den zehn Kreisen gerade geöffneten Grundschulen: 68.000 Grundschüler, davon sind gerade einmal 16 coronapositiv getestet - 16 von 68.000, das sind 0,023 %! Wohlgemerkt: Diese Schüler sind nicht krank, sie liegen nicht im Krankenhaus. Davon, dass durch diese Schüler das Gesundheitssystem überlastet werden könnte, kann überhaupt nicht die Rede sein. Aber - Sie erinnern sich - genau mit diesem Szenario wurden die Schulschließungen seinerzeit begründet.

Anstatt daraus die Konsequenz zu ziehen und den Lockdown für alle Kinder und Jugendliche endlich aufzuheben - und zwar komplett -, wird weiter zusehen. Kein Vereinssport, keine Wettkämpfe, keine Geburtstagsfeiern, keine Berufspraktika, keine Klassenfahrten, kein Freizeitsport, keine Jugendclubs, kein Orchester, dafür aber Bewegungsarmut, Einsamkeit, Stunden über Stunden vor dem Bildschirm, Stress in der Familie, ein deutlicher Anstieg von schwerwiegenden psychischen Auffälligkeiten und zu all dem der Druck durch völlige Unvorhersehbarkeit der weiteren Entwicklung.

Ausgerechnet Herr Lauterbach fasst hier richtig zusammen - ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis -:

„Diese Generation Kinder wird langfristig Schäden davontragen. Das darf man nicht unterschätzen.“

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, laut den jüngsten Umfrageergebnissen sprechen sich nur noch 26 % der Bevölkerung für die Beibehaltung der Coronamaßnahmen aus. Zur Wahrheit gehört auch: 9 % sind für Verschärfungen. Aber 43 % verlangen die Lockerung und weitere 17 % die sofortige Rückkehr zur Normalität.

(Anhaltende Unruhe)

(Dr. Frank Brodehl)

Die Akzeptanz der „Wenn-die-Inzidenzzahlen-es-zulassen-Politik“ findet also keine Mehrheit mehr; die Leute haben schlicht und ergreifend die Nase voll von Sätzen, dass wir uns in einer schwierigen Phase befänden, dass man nichts riskieren könne, dass man noch einmal vier Wochen durchhalten müsse und so weiter.

Genau in dieser Situation wird nun versucht, die gestrigen Beschlüsse als Lockerung zu verkaufen. Dabei ist uns allen klar: Unterm Strich bedeuten die Beschlüsse vor allem, dass der Lockdown ein weiteres Mal verlängert wird und die angekündigten Lockerungen jederzeit zurückgenommen werden können. Was als Notbremse bezeichnet wird, soll Verantwortung demonstrieren; in Wirklichkeit ist es Ausdruck von Ratlosigkeit und Perspektivlosigkeit.

Denn Fakt ist, dass Frau Merkel & Co seit einem Jahr keine Perspektiven schaffen, sondern nach wie vor eine Politik betreiben nach dem Motto: Wenn die Maßnahmen nicht wirken, muss eben noch weiter verschärft werden.

(Anhaltende Unruhe)

Meine Damen und Herren, dieser Druck, diese Drohung, oft gepaart mit forciertem Angstmacherei, findet in der Bevölkerung keine Mehrheit mehr. Mehrheitsfähig und effektiv wären Maßnahmen, die ohne Bevormundung auskommen, die die Eigenverantwortung stärken, wären Maßnahmen, bei denen sichtbar wird, dass etwa der Schutz der Älteren in Heimen zuverlässig funktioniert, und wären Maßnahmen, deren Wirksamkeit nicht irgendwo in den Sternen steht, sondern deren Wirksamkeit zweifelsfrei bewiesen ist.

Meine Damen und Herren, warum weiß man nach einem Jahr Corona in drei Viertel aller Fälle noch immer nichts über die Infektionswege? Ich wage einmal die Behauptung: Weil man vonseiten der Politik nicht genügend entsprechende Studien auf den Weg gebracht und dort investiert hat. Und auch, weil man namhafte Wissenschaftler, die als Coronaskeptiker oder Coronaleugner gelten, aus der Diskussion und den Anhörungen herausgehalten hat.

Herr Ministerpräsident, ich appelliere an Sie: Handeln Sie so, dass Herr Lauterbach am Ende nicht noch recht behält! Das kann keiner von uns ernsthaft wollen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier.

Barbara Ostmeier [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem der Sport so viel erwähnt worden ist, dachte ich, ich bräuhete es nicht zu tun, aber nach der Rede von Herrn Brodehl möchte ich jetzt doch noch einmal meine Stimme erheben.

(Beifall CDU, FDP und SSW)

Ich möchte ganz deutlich sagen: Ich freue mich sehr, dass der Sport auf der MPK dieses Mal eine starke Stimme gehabt hat und jetzt tatsächlich mit Perspektiven versehen worden ist. Das hat nicht nur den Kollegen Jörg Hansen gefreut und damit auch für den inneren Frieden der FDP-Fraktion gesorgt, sondern das hat auch den Kollegen Joschka Knuth gefreut und die Kollegin Bockey, es hat uns alle gefreut, mich besonders.

(Zurufe)

Ich finde wichtig, dass der Sport in Schleswig-Holstein gehört worden ist, dass es zu Gesprächen gekommen ist und dass man zueinander gefunden hat. Deswegen bedanke ich mich ganz besonders bei Innenministerin Sütterlin-Waack, beim Landessportverband, bei den Kreissportverbänden, bei den Fachverbänden und bei unserem Ministerpräsidenten, die zu Gesprächen zusammengefunden haben. Das ist das wichtige Signal, dass man aufeinander gehört hat. Diese Gespräche haben Vertrauen geschaffen, und das spiegelt sich auch in den Beschlüssen wider. Ganz herzlichen Dank dafür!

Herr Brodehl, es gibt jetzt klare Perspektiven für den Außensport, und es gibt sie insbesondere auch für Kinder und Jugendliche.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Wann denn?)

Es gibt sie auch für Erwachsene. Das sind Perspektiven, die vorher so nicht drin waren; die sind jetzt bundesweit drin.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Wenn die Inzidenz das zulässt! - Anhaltende Unruhe)

Den Weg werden wir gehen. Ich habe großes Vertrauen, dass der organisierte Sport dies unter voller Einhaltung aller Hygienevorschriften und Abstandsregelungen nutzt. Das ist ja gerade die Stärke des organisierten Sports, und das ist ein wichtiger Schritt.

Herr Brodehl, ich bin sicher, dass dieser Schritt und die Perspektive, die hier aufgezeigt wurde, große Akzeptanz bei unserem Landessportverband und beim organisierten Sport finden. Denn das ist das,

(Barbara Ostmeier)

was dort immer gefordert wurde und gefordert wird, und das geschieht im Einklang. Ich bin mir sicher, dass dieser Schritt gemeinsam gegangen wird. Sport macht nicht krank, Sport macht gesund, und das ist wichtig.

Es gibt noch einen anderen Bereich, der mir sehr am Herzen liegt: Das ist die Musik. Auch Musik verbindet und ist gut für den Zusammenhalt von Körper und Seele. Deswegen wünsche ich mir, dass es bald auch eine Perspektive für unsere Musikschulen und Chöre gibt.

(Vereinzelter Beifall)

Frau Raudies weiß sicherlich, wovon ich spreche, wenn ich beispielsweise an die Chorknaben in Uetersen denke. Auch dort gibt es gute Konzepte, auch in den Musikschulen kann viel getan werden. Ich wünsche mir auch für diese Bereiche eine noch lautere, starke Stimme. Frau Röttger freut sich darüber, ich mich auch. Das wünsche ich mir besonders. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, und bleiben Sie alle gesund!

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat der Abgeordnete Martin Habersaat.

Martin Habersaat [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Es ist dieser Tage oft von einem Dreiklang die Rede, von Impfen, Testen und Öffnen. Damit der Dreiklang gut klingt, müssen alle drei Töne angeschlagen werden.

(Zuruf: Dreisatz!)

Dazu habe ich, was die Schulen in Schleswig-Holstein angeht, Fragen.

Erstens. Herr Sozialminister, heute war in den „LN“ zu lesen, alle Erzieherinnen, Erzieher und Lehrkräfte könnten schon längst geimpft sein. - Ich will mir das nicht zu eigen machen, sondern nur darauf hinweisen, dass das in der Zeitung stand. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazu noch Stellung nehmen könnten.

Zweitens: Testen. Alle Lehrkräfte haben das Angebot, Tests wahrzunehmen. Wir erhalten Rückmeldungen aus verschiedenen Teilen des Landes, dass das zwar theoretisch geht, aber praktisch nicht, weil das in zu wenig Apotheken angeboten wird.

Von den Schülerinnen und Schülern hören wir, dass auch die gern getestet werden wollen. Herr Spahn hat gesagt, das gehe schon. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde hat schon vor geraumer Zeit eine Teststrategie vorgelegt, aber im Land sind wir irgendwie noch nicht so weit. Auch dazu wünsche ich mir klarstellende Worte.

(Peer Knöfler [CDU]: In Ostholstein läuft das auch! - Anhaltende Unruhe)

Über Herrn Scheuer ist schon seit vielen Jahren alles gesagt.

Drittens. Zum Thema Öffnen würde ich gern fragen - wenn noch ein Regierungsmitglied spricht -: Sind die Bibliotheken so einzuordnen wie Buchhandlungen oder Museen? Die finden sich bisher nicht im Papier; ich bin mir sicher, dass die an keiner Stelle vorkommen.

(Beifall SSW)

Dann möchte ich gern noch auf unseren Antrag eingehen. Zur Beantwortung der Frage, wie wir Schülerinnen und Schüler unterstützen können, können Bibliotheken einen Beitrag leisten. Sie haben in der Pandemie frühzeitig angeboten, als ihre Räume stillgelegt waren: Auch bei uns können Schülerinnen und Schüler sitzen und lernen, sie können auch bei uns ins Internet gehen, wir haben ruhige Räume und dergleichen. Wenn Bibliotheken jetzt wieder aufmachen, geht das vielleicht nicht mehr, aber das Angebot sollten wir mitdenken.

Liebe Jamaika-Koalition, ja, es gibt bereits Mittel, die Sie bereitgestellt haben. Jetzt ist es aber an der Zeit, den Schulen zu sagen, wie viel Mittel sie pro Schule zur Verfügung haben, damit sie planen können, was sie damit anstellen wollen. Wenn ich als Schule eine bestimmte Summe höre, regt das die Phantasie ja vielleicht an.

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Herrn Abgeordneten Lasse Petersdotter?

Martin Habersaat [SPD]:

Ja, das tue ich, Frau Präsidentin.

Lasse Petersdotter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr geehrter Herr Kollege, Sie haben gerade nach den Bibliotheken gefragt. Das ist tatsächlich ein sehr wichtiger Punkt; deswegen möchte ich ganz kurz darauf eingehen. Wir haben uns darauf verständigt,

(Martin Habersaat)

dass Bibliotheken wie Museen zu behandeln sind und deswegen früher zu öffnen haben, weil sie ein wichtiger Teil des außerschulischen Bildungsangebots sind.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und FDP)

- Herr Kollege, vielen Dank für die Klarstellung. Das fehlte in der heutigen Pressemitteilung der Landesregierung. Dann haben wir das hiermit geklärt, wunderbar.

Budgets für die Schulen sind der eine Punkt, Nachhilfegutscheine für Schülerinnen und Schüler sind der andere. Mecklenburg-Vorpommern hat sich dafür entschieden. Ich persönlich bin kein großer Freund von privaten Nachhilfeeinrichtungen, aber momentan befinden wir uns in einer Notsituation, und da müssen wir auf solche Mittel zurückgreifen und die Unterstützung nutzen, zumal das auch Unternehmen sind, die derzeit auf Hilfe angewiesen sind.

Bremen hat sofatutor nicht irgendwie integriert, sondern der ist ein fest anklickbarer Bestandteil bei itslearning. Es motiviert die Schülerinnen und Schüler des Landes ganz gewaltig, da mitzumachen.

Meine Damen und Herren, Sie suggerieren mit Ihrem Änderungsantrag ein bisschen, als seien Sie mit Ihren Coronamaßnahmen schon fertig. Aber glauben Sie mir: Wir müssen jetzt erst anfangen! - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD und SSW)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat die Abgeordnete Annabell Krämer.

Annabell Krämer [FDP]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Kinder, kommt meckern, Essen ist fertig!“ - Ich glaube, jeder hier, der Kinder hat, kann sich vorstellen und weiß, was ich damit meine.

(Claus Schaffer [AfD]: Meine essen gern, was ich koche!)

Das gilt besonders ab einem gewissen Alter. Pubertät ist das Alter, in dem die Eltern anfangen, schwierig zu werden. Das ist auch das Alter, wo Eltern immer unwichtiger und Freunde wichtig werden, Clique wichtig wird. Mit der besten Freundin quatscht man mehr als mit der Mutter oder dem Vater. Das ist eine ganz, ganz wichtige Zeit. Bis heute

haben wir der Teeniegruppe in der Pandemie etwas wenig Beachtung geschenkt.

(Dr. Frank Brodehl [fraktionslos]: Habe ich doch!)

Ich freue mich außerordentlich, Frau Ministerin, dass wir heute verkünden durften, dass ab übernächsten Montag alle schleswig-holsteinischen Kinder ein Präsenzsulangebot haben werden. Ich finde, das ist eine ganz, ganz großartige Message, die wir heute hier verkündet haben.

(Vereinzelter Beifall FDP - Zurufe SPD)

Auch wenn es erst einmal nur Wechselunterricht sein wird, ist das gerade für diese Gruppen - -

(Martin Habersaat [SPD]: Alle? Auch in Flensburg?)

- Es wird auch Ausnahmen geben. Aber wir haben deutlich gesagt: Wer den Mut hat, Lockerungen zu gehen, der muss auch den Mut haben, diese Lockerungen wieder einzuschränken, wenn es nicht geht. Wir wollen doch gerade nicht warten, bis wir null Corona haben. Herr Habersaat, dann können Sie doch nicht sagen: für Flensburg auch! Sobald das in Flensburg möglich ist, gilt auch alles für Flensburg.

(Martin Habersaat [SPD]: Wenn Sie sagen „alle“, dann frage ich Sie: Alle?)

- Ja. Sie können jetzt gern Wasser in den Wein schütten, aber ich finde, das ist einfach eine ganz phantastische Sache.

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder eine -frage des Herrn Abgeordneten Lars Harms?

Annabell Krämer [FDP]:

Ja, gern.

Lars Harms [SSW]: Frau Krämer, ich habe eigentlich nur eine inhaltliche Nachfrage, nämlich: Vorhin habe ich vom Ministerpräsidenten gehört, dass er sagte, 5. und 6. Klasse öffnen, über alle anderen Klassen wolle man sich Anfang der Woche unterhalten.

- Ach so.

Nun höre ich von Ihnen, dass Sie schon das Ergebnis der Regierungsberatungen verkünden, dass alle in 14 Tagen zur Schule gehen. Können Sie mir bitte sagen, woher Sie diese

(Annabell Krämer)

Informationen haben, wenn sie der Ministerpräsident noch nicht hat?

- Aus dem schleswig-holsteinischen Stufenplan habe ich sie. Bisher haben wir uns danach gerichtet. Insofern bin ich davon ausgegangen, dass wir das auch in diesem Fall tun.

(Lachen und Zurufe SPD)

Außerdem wurde das heute hier auch schon verlautbart. Wenn Sie zugehört hätten, hätten Sie gemerkt, dass das heute hier schon verlautbart wurde.

(Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung?

Annabell Krämer [FDP]:

Ja.

Lars Harms [SSW]: Frau Kollegin, können Sie mir eine zweite Person nennen, die in dem Bereich genauso denkt wie Sie?

(Lachen und Beifall SSW und SPD)

- Ich hoffe, Hunderttausende, ich hoffe, dass das hier im Hohen Haus mehrheitsfähig ist, definitiv.

(Zurufe SPD)

Ich möchte noch ganz kurz auf ein weiteres Thema eingehen, denn mir läuft die Zeit davon.

Herr Kollege Harms, Sie sprachen das Problem der Schulbusse an. Ich möchte da an die Eltern appellieren. Wenn wir Präsenzunterricht ermöglichen, dann ist es auch schön, wenn wir alle daran mitarbeiten, dass wir unsere Inzidenzen niedrig halten. Deshalb würde ich es als ganz wichtig erachten - so halte ich es auch zu Hause mit meinen Kindern, die zwar noch nicht im Präsenzunterricht sind, weil sie in der 7. und 12. Klasse sind, aber als sie vorher zur Schule durften -: Schicken Sie Ihre Kinder auf das Rad! Ich habe meine Kinder aufs Rad geschickt. Ich weiß, das ist im ländlichen Raum nicht überall möglich, wenn es lange Schulwege sind. Aber bei jedem Kind, das nur 5 oder 6 km von der Schule entfernt wohnt, ist das möglich. Es tut allen gut. Jetzt ist Frühling, schickt eure Kinder aufs Rad! Diese Kinder müssen wirklich nicht in den Schulbus. Das ist meine Meinung. Sie haben lange genug zu Hause gehockt. Lasst die Schulbusse für diejenigen Kinder frei, die einen weiten Schulweg haben! Eltern, zeigt Verantwortung: Eure Kinder können nach dieser Zeit ein bisschen Bewegung gut gebrauchen!

(Beifall FDP)

Ich möchte meinen Dank an alle Erzieherinnen und Erzieher aussprechen, über die wir heute auch wenig gesprochen haben. Danke an alle Erzieherinnen und Erzieher in diesem Land. Denn unsere Kitas - das erwähnen wir viel zu selten - waren nie geschlossen, sie waren in diesem Land immer da. Die Erzieherinnen und Erzieher haben keinen Urlaub gemacht, sie haben eine Notbetreuung organisiert, sie haben krankheitsbedingte Ausfälle kompensieren müssen. Noch einmal einen ganz herzlichen Dank an diese Berufsgruppe.

Ich freue mich, dass wir insbesondere im Sportbereich und für unsere Kinder und Jugendlichen heute einen großen weiteren Schritt gehen. Besten Dank dafür.

(Beifall FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich glaube, das gilt ab sofort! - Lachen und weitere Zurufe SPD)

Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung, Wissenschaft - - Halt. - Wir hatten hier oben im Präsidium wohl Kommunikationsschwierigkeiten, ich bitte das zu entschuldigen.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Schöner Schlussbeitrag eben! - Unruhe)

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 19/2828 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2835 (neu). Es ist beantragt worden, über die Anträge in der Sache abzustimmen. Wer dem Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 19/2835 (neu), zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über den Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Drucksache 19/2838, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE

(Vizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber)

GRÜNEN, FDP, der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein und dem Abgeordneten Dr. Brodehl gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag des Zusammenschlusses der Abgeordneten der AfD, Drucksache 19/2837. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der Antrag gegen die Stimmen des Zusammenschlusses der AfD und der Abgeordneten von Sayn-Wittgenstein abgelehnt.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der 45. Tagung des Landtages. Ich möchte noch bekannt geben, dass die nächste, die 46. Tagung, am Mittwoch, dem 24. März 2021, um 10:00 Uhr beginnen wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 15:51 Uhr